

# ***Sozialismus***

## **oder Barbarei**

**Zeitschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen Nr. 23 1 Euro**

### **Der Kapitalismus bietet keine Zukunft: International Kämpfen**



**Inhalt: Stuttgart 21: Endstation Schlichtungsgespräche? - General Motors: Die Bosse und Gewerkschaften treffen auf den Widerstand der ArbeiterInnen - Soziale Angriffe In England - Imperialismus, proletarischer Internationalismus und die Rolle des österreichischen Kapitals in Osteuropa - Von der „Arbeiteraristokratie“ zur Prekarisierung – Imperialismus und Klassenzusammensetzung - Marxismus oder Idealismus – Unsere Differenzen mit der IKS - Österreich: Kampf den kapitalistischen Angriffen!**

<u>Inhalt:</u>	Seite:
Inhalt: Stuttgart 21: Endstation Schlichtungsgespräche?	3
General Motors: Die Bosse und Gewerkschaften treffen auf den Widerstand der ArbeiterInnen	4
Soziale Angriffe In England - Imperialismus, proletarischer Internationalismus und die Rolle des österreichischen Kapitals in Osteuropa	6 8
Von der „Arbeiteraristokratie“ zur Prekarisierung – Imperialismus und Klassenzusammensetzung	11
Marxismus oder Idealismus – Unsere Differenzen mit der IKS	16
Österreich: Kampf den kapitalistischen Angriffen!	24

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der EmpfängerIn persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Du kannst *Sozialismus oder Barbarei* abonnieren  
(12 Euro für 4 Ausgaben, Porto incl./Auslandsabo: 20 Euro)  
Kontakt zur GIS: GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin,  
e-mail: [de@leftcom.org](mailto:de@leftcom.org)  
[www.gis.de.vu](http://www.gis.de.vu)

V.i.S.d.P Petra Schneider, Albstr. 17, Steinheim

## Wer wir sind:

Die **Gruppe Internationaler SozialistInnen** ist ein marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil der **Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (IKT)**, einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen, dessen Ziel es ist durch politische Klärung, Diskussionen und Interventionen einen Beitrag für den Aufbau einer neuen kommunistischen Weltpartei zu leisten. Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt zur treten und aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

## Kontakte zur IKT:

Britannien:

**Communist Workers` Organisation**  
BM CWO, London WC1N 3XX

Italien:

**Partito Comunista Internazionale – Battaglia Comunista**  
CP 1753, 20101, Milano, Italia

Kanada / USA:

**Internationalist Workers Group / Groupe Internationaliste Ouvrier**  
R.S. CP. 173, Succ.C, Montreal, Quebec, Canada  
H2L 4K1  
PO BOX 14173, Madison, WI 53708 – 0173, USA

Frankreich:

**Bilan & Perspectives**  
BP 45, 13266, Marseille, Cedex 08, France

BRD:

**Gruppe Internationaler SozialistInnen**  
GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

Website der IKT: [www.leftcom.org](http://www.leftcom.org)

Unser Blog : [www.gis.blogsport.de](http://www.gis.blogsport.de)

## Stuttgart 21: Endstation Schlichtungsgespräche?

Zweifellos beschränken sich die Kämpfe gegen das Milliardengrab Stuttgart 21 nicht darauf, ob jetzt der mittlerweile weltberühmte Stuttgarter Sackbahnhof mitsamt Infrastruktur in einen Durchgangsbahnhof umgebaut wird oder nicht. Der Hauptgrund für die Renitenz der SchwäbInnen ist, dass all diejenigen, die behauptet hatten, dass es kein Geld mehr für Bildung, Kultur und vieles andere gäbe, nun ein Projekt verwirklichen wollen, das mindestens 17 Milliarden verschlingen wird und dessen Notwendigkeit nicht nachvollziehbar und das sogar sicherheitstechnisch mehr als fragwürdig ist. Die ganze Geschichte spielt noch vor dem Hintergrund einer unsäglichen „parlamentarischen Maulaschen-Connection“, die mit unglaublicher Arroganz auftritt und sich zuerst jegliche Einmischung in die ureigensten Angelegenheiten eines „einmal gewählten Parlaments“ verboten hatte. Man kann auch davon ausgehen, dass außer den Interessen der Deutschen Bahn-AG und vieler mächtiger Bauunternehmen auch noch ganz spezielle Interessen von ortsansässigen Politikern an größeren geplanten Immobilienvorhaben auf dem Boden der Baustelle eine Rolle spielen.

Mittlerweile geht es aber beim vehementen Vorgehen gegen die S21-GegnerInnen nicht mehr nur um die Durchsetzung des Bauprojekts an sich, sondern um die „Sicherung der staatlichen Ordnung.“ Wo käme man wohl hin, wenn sich die AktivistInnen gegen Stuttgart 21 ernsthaft mit den AtomkraftgegnerInnen und/oder anderen Kämpfen verbinden würden? Seit Monaten demonstrieren jede Woche Zehntausende gegen das Vorhaben und nach dem brutalen Polizeiangriff gegen eine SchülerInnen demo am 30.9. gingen mehrfach über 100.000 Menschen auf die Straße. Mehrere Wochen lang wurde montags und samstags demonstriert, zwischendurch treffen sich Leute zu zahlreichen kleineren Aktionen und Diskussionen, AktivistInnen campen seit Wochen im Park, andere wachen in Baumhäusern oder versorgen Obdachlose mit Essen, die von der unerwarteten Gesellschaft etwas überrascht wurden.

Die Machtdemonstration der Polizei führte dazu, dass ein Teil der SchülerInnen und der anderen DemonstrantInnen schnell erkannt hat, wie es um das „Demokratieverständnis“ der herrschenden Klasse bestellt ist. Die SchülerInnen waren erstmals gemeinsam gegen das Projekt auf die Straße gegangen, die Polizei

ging gezielt und brutal gegen die DemonstrantInnen vor. Pfefferspray und Wasserwerfer wurden eingesetzt, es gab viele Verletzte und mindestens ein Demonstrant ist im Moment auf einem Auge erblindet. Im Anschluss an die Schülerdemo hatte die Polizei einen Teil des Parks mit Hamburger Gittern gesichert und marschierte dahinter auf. In der Nacht zum 1. Oktober sollten nämlich Fakten geschaffen und symbolisch schon mal ein Teil der Bäume abgeholzt werden, die dem Bauprojekt später im Weg stehen würden. (Der erste Oktober ist in BW der Stichtag für solche Baumfällaktionen.) Die Bäume fielen unter dem Einsatz mehrerer Hundertschaften der Polizei und unter den Augen der ohnmächtigen AktivistInnen. Die Wut der S21-GegnerInnen hatte in diesen Tagen nach dem Polizeieinsatz ein vorher unvorstellbares Ausmaß erreicht. Welche Rolle die Medien spielen und wie diese tagtäglich die Ereignisse verzerren und falsch darstellen, wurde in diesem Zusammenhang besonders deutlich.

Nach den Rekordteilnahmen an den Demos in der Zeit nach dem „schwarzen Donnerstag“ (in BW war seit den 60-er-Jahren kein Wasserwerfer mehr eingesetzt worden) schlugen die Grünen Schlichtungsgespräche vor, der Vorschlag wurde von der regierenden CDU natürlich dankend angenommen. Der zuerst von Cem Özdemir als Schlichter vorgeschlagene Heiner Geißler wurde gleich verpflichtet und verschafft der Regierung derzeit eine kleine Ruhepause, auch wenn diese in dieser Zeit teils starrköpfige AktivistInnen im Rathaus bewirten und an Schlichtungstagen gleich zwei Sendeplätze (SWR 3 und Phoenix) ganztags für die Übertragung frei machen muss. Gleichzeitig ist natürlich die Bewegung geschwächt und in der Frage der „Schlichtung“ gespalten. Die so genannten Parkschützer z.B. nehmen nicht an den Gesprächen teil. Andere kleine Gruppierungen kritisieren ebenfalls die Gespräche und die Eintracht der „Schlichtungsgespräche“ wird gelegentlich durch symbolische Aktionen gestört.

Die CDU, die derzeit keine Chance mehr auf eine absolute Mehrheit hat, bastelt hier also mit den Grünen an einer möglichen schwarz-grünen Koalition. Die Grünen stellen sozusagen in den Schlichtungsgesprächen ihre ernsthafte „Regierungsfähigkeit“ auf die Probe – halten sie die Bewegung in Schach, dürfen sie mitmachen, andernfalls gibt's eben zur Strafe schwarz-rot in Baden-Württemberg. Wie und

mit welchem Ziel die Grünen auf allen möglichen Protestwellen schwimmen, haben wir ja u. a. zu genüge beobachten können.

Der Ausgang der „Schlichtungsgespräche“ ist derweil offen: Es werden vermutlich ein paar Zugeständnisse gemacht und Versprechen für eine „neue Form der Demokratie“ beim nächsten Projekt gegeben werden. Wie die AktivistInnen darauf reagieren und wie sich die Bewegung entwickeln wird, hängt dann von vielen Faktoren ab: Wird sich eine Verbindung zu den Kämpfen gegen das Sparpaket entwickeln? Im Moment gibt es diesbezüglich wenig Anzeichen. Solange es aber keine Verbindung mit dem Kampf gegen die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse gibt, sind die derzeitigen Proteste dazu verdammt entweder abzuebben oder als schwäbische Einpunktbewegung mehr schlecht als recht dahinzuvegetieren. Dass gerade die

SchülerInnendemo so massiv angegangen wurde, ist bei weitem kein Zufall – die SchülerInnen hatten natürlich gleich bei ihrer ersten und bisher einzigen Demo die Frage nach dem Zusammenhang mit den sozialen Kürzungen gestellt und ein Teil der Bewegung wird dies nach Ende der Gespräche mit Sicherheit wieder tun.

Da die Bewegung in einer Zeit massiver zeitgleicher Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse in vielen Ländern entstanden ist, bleibt eine gewisse Chance, dass ein noch größerer Teil der AktivistInnen als bisher darauf kommt, dass es außer der Kehrwoche in der schwäbischen Region noch eine Menge zu kehren gilt, dass weitere Kontakte zu anderen Kämpfen aufgebaut werden und sie sich in Zukunft weiteren Befriedungs- und Kontrollbestrebungen wie der sog. „Schlichtung“ widersetzen werden.

## **General Motors: Die Bosse und Gewerkschaften treffen auf den Widerstand der ArbeiterInnen**

Am 16. Oktober begannen ArbeiterInnen des General Motors Montagewerks Lake Orion eine Protestkundgebung vor der Gewerkschaftszentrale der United Auto Workers (UAW), dem sog. „Solidaritätshaus“. Ihnen schlossen sich KollegInnen aus den Werken in Mansfield, Ohio und Indianapolis an, wo ArbeiterInnen des UAW Local 23 einen von der UAW vereinbarten Tarifvertrag niedergestimmt hatten. Die UAW hatte den Forderungen der Regierung und der Konzernspitze folgend einen zweistufigen Tarifvertrag vereinbart, demzufolge Neueingestellte und KollegInnen mit weniger als 11 Jahren Betriebszugehörigkeit lediglich 14 Dollar die Stunde bekommen sollen. Gleichzeitig sollen die KollegInnen der ersten Stufe, also jene die mit mehr als 11 Jahren Betriebszugehörigkeit 28 Dollar die Stunde bekommen, vor die Wahl gestellt werden entweder in ein anderes Werk, oder mit Abfindungen in den Vorruhestand zu gehen. Die UAW wollte diesen Tarifvertrag durchdrücken ohne ihre Mitglieder ausreichend über seinen Inhalt (wie z.B. ein festgeschriebener Streikverzicht für die nächsten 5 Jahre) zu informieren. GM fuhr im ersten Halbjahr ein Ergebnis von 2.2 Millionen Dollar ein. Dutzende Werke wurden geschlossen, 30000 entlassen und die Löhne halbiert. Die „New GM“ speckte ab, bis sie zumindest auf dem Papier gut da stand, und profitierte auch massiv aus dem Verkauf ihrer Aktien.

### **Die UAW Paradebeispiel einer modernen Gewerkschaft**

Die UAW ist ein Paradebeispiel für die ureigene Funktion die Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft spielen. Sie ist eine Institution die enorme Anteile an Chrysler und GM hält und über beträchtliches Kapital in Form von Pensionsfonds verfügt. Sie ist ein Garant für Arbeitsdisziplin, Streikverzicht, den Kapitalisten entgegenkommende Tarifverträge sowie Wählerstimmen für die regierende Partei der Demokraten. Die UAW hat sich von einer Vermittlerin des Managements zum Management selber entwickelt. Sie ist ein Teil der Konzernspitze mit eigenen Rechten. Dank der Nachsicht des US Labour Departments hält sie rund 18% der GM Aktien. Da sich nach dem jüngsten Börsengang die GM Aktie bei 33 Dollar liegt, beläuft sich dies auf ca. 20.1 Milliarden Dollar. Die Erlöse aus dem Verkauf der GM Aktien werden vorrangig an die US-Regierung gehen, die davon ausgeht in den nächsten zwei Jahren 40 Milliarden für das 49 Milliarden schwere Rettungsprogramm abschöpfen zu können. Diese massive Sozialisierung von Verlusten verschafft der US Regierung Spielräume um die ganze Industrie grundlegend umzustrukturieren. Ohne die Elemente direkter Staatsintervention wäre so etwas kaum mög-

lich. Die Kapitalistenklasse braucht den Staat um in diesem Sinne tätig zu werden. Gegenwärtig macht die UAW mehr Geld aus ihren Aktien als aus Mitgliedsbeiträgen, weshalb die massive Mitgliederfluktuation für sie nicht das größte Problem darstellt. Der UAW-Vorsitzende Bob King verdient schätzungsweise 153.248 Dollar im Jahr, während Vizepräsident Joe Ashton im Jahr 2009 ca. 164.000 Dollar bekam. Die Gewerkschaftsbosse sehen die dringende Notwendigkeit die Arbeit zu flexibilisieren um so angeblich „Arbeitsplätze zu retten“. Doch was wirklich passiert ist die totale Zerschlagung einer ganzen Industrie (...) Diese Jahr spannte der neue UAW-Vorsitzende Bob King, den bekannten Bürgerrechtler Jesse Jackson ein, um gegen die Schließung des New United Motor Manufacturing Inc., (NUMMI) Werkes in Fremont, Kalifornien zu demonstrieren. Diese öffentlichkeitswirksame Aktion sollte vom vorherigen Ausverkauf der ArbeiterInnen ablenken, dem allenfalls verbaler Widerstand entgegen gesetzt wurde. Selbst das nationalistische Gerede von der „Verteidigung amerikanischer Arbeitsplätze“ kann den wachsenden Unmut über die Rolle, die die UAW-Führer bei der Schaffung von „Arbeitskräften Zweiter Klasse“ spielen, kaum vertuschen.

Die Unternehmer sind gezwungen die Arbeitskosten zu drücken, da es das einzige ist, was ihnen angesichts der Krise einfällt. Sie behaupten (wie immer), dass die Kürzungen notwendig seien um konkurrenzfähig zu bleiben.

Da die Automobilhersteller allerdings überall auf der Welt dasselbe machen, werden Lohnkürzungen keine Arbeitsplätze retten, sondern nur dazu dienen weitere Entlassungen, Werkschließungen und Lohnverzicht zu rechtfertigen. Derzeit sieht es nur gut an der Wall Street aus, weil die Verschlinkung dem GM-Konzerns eine kurzfristige Liquidität verschafft hat, die ohne die Gelder des staatlichen Rettungspakets gar nicht möglich gewesen wäre. Durch Lohnkürzungen, technische Umstellung der Produktion und offenkundigen Betrug soll der fallenden Profitrate entgegengewirkt werden. Der umbenannte „Neue“ GM-Konzern ist kleiner, hat weniger Produktionskapazitäten und eine geringere Verarbeitungsqualität und wird auch weiterhin Kürzungen einfordern. Dieser Prozess wird solange weitergehen, bis die ganze Produktion stillgelegt und ausverkauft ist. (...)

Es ist für viele schwer zu verstehen, dass die Gewerkschaften ein symbiotisches Verhältnis zur Bourgeoisie, mit der sie beständig Kompromisse aushandeln, haben. Basiskomitees gegen die Politik der UAW-Führung sind kei-

nesfalls eine neue Erscheinung – allerdings ist die gegenwärtige Situation eine ganz neue. In Zeiten kapitalistischer Stabilität war es solchen Bewegungen möglich sich zu entwickeln, um dann mit großer Regelmäßigkeit vom Gewerkschaftsapparat absorbiert zu werden. Heute sind die Führungen der Automobilgewerkschaften mit Haut und Haaren mit ihren Unternehmen verfilzt und kaum in der Lage überzeugend aufzutreten. Der Widerstand zur Verteidigung der ArbeiterInneninteressen kann und muss sich außerhalb und gegen den institutionellen Rahmen der Gewerkschaften entwickeln. Seit den 40er Jahren wird die UAW von einem administrativen Apparat geleitet, der anfangs von Walther Reuther angeführt wurde. Seitdem bestand das Ziel der UAW vorrangig darin die Arbeitskräfte zu disziplinieren. Es gibt zahlreiche Beispiele dass die UAW Schlägertruppen aussendete um wilde Streiks zu brechen, so z.B. den wilden Streik bei Chryslers Mack Avenue Stamping Plant 1973 oder den GM Fleetwood Streik 1976. Der Einsatz von Gewalt gegen wilde Streiks war und ist eine gängige Praxis der UAW, während bei Gewerkschaftswahlen die Mitglieder gezwungen werden solange abzustimmen, bis ein der Führung genehmes Ergebnis herauskommt. 1992 kandidierte der Reformkandidat Jerry Tucker von der Strömung „New Directions“ gegen den amtierenden UAW-Vorsitzenden Owen Bieber. UAW-Mitgliedern wurde ganz offen gesagt, dass ihr Werk stillgelegt werden würde, wenn sie für den Reformkandidaten stimmen würden. Jahrzehnte lange ArbeiterInnenmilitanz konnten den Entwicklungsgang einer Institution weder ändern noch stoppen, die sich einst als „Schild für die ArbeiterInnen“ gründete, aber heute als Schwert der Kapitalisten fungiert.

### **Der Charakter des Kapitalismus und der Gewerkschaften ist heutzutage offenkundig**

Der Abbau von Arbeitsplätzen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wurden seit Jahrzehnten von den Gewerkschaften begleitet, die als Handlanger der Bourgeoisie agieren. Durch das Aushandeln von Verträgen und Vereinbarungen die entweder durch Lohnverzicht „Arbeitsplätze retten“, oder aber Arbeitsplatzabbau im Gegenzug zu Lohnerhöhungen vorsehen, spielen die Gewerkschaften eine aktive Rolle dabei, die Kosten der Ware Arbeitskraft runterzuhandeln. Die Neuverhandlungen über die Arbeitskosten in einer Schlüsselindustrie, die immer mit Verzicht verbunden sind, werden schließlich zum Einfallstor, weil

umgehend Unternehmer anderer Industrien dieselben Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einfordern werden. Dieser ganze Prozess wird durch die Krise des Kapitalismus und den ihm inhärenten tendenziellen Fall der Profitrate verschärft und vorangetrieben. Die Führer der Gewerkschaften verfügen nicht nur über beträchtliches Kapital in der Autoindustrie selber, sondern auch über die Kontrolle der Rentenkassen der ArbeiterInnen. Die Zermürbung und Zersetzung ihrer eigenen Mitgliedschaft ist für sie, die von der Reduzierung dieses lästigen „Humankapitals“ profitieren nicht das Problem. Von 1979 bis 2010 hat die UAW über zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft verloren. Sie betrug einmal 1.528.000 und liegt nun bei 355.000 – Tendenz fallend. Selbst wenn alle in der UAW organisierten ArbeiterInnen über Nacht sterben würden, hätten die Gewerkschaftsbosse immer noch die Kontrolle über den Rentenfonds VEBA (Voluntary Employees' Beneficiary Associations), dessen Börsenwert

sich enorm erhöhen würde, wenn an der Wall Street die Runde macht, dass die Arbeitskosten extrem reduziert wurden. Dies ist in seiner Essenz der Charakter des Kapitalismus und der Gewerkschaften, der heute offen zutage tritt. 2009 stimmten bei Ford zum ersten Mal in der ganzen Geschichte der UAW ArbeiterInnen einen vereinbarten Tarifvertrag nieder. Wenn diese KollegInnen die sich organisierten, um den UAW-Vertrag abzulehnen, ihre Branchengrenzen durchbrechen würden, und mit andern AutomobilarbeiterInnen Vollversammlungen ins Leben rufen würden, um ihren Kampf mit KollegInnen anderer Industrien grenzüberschreitend zu vernetzen, wären sie in einer besseren Position um sich gegen die Angriffe zu verteidigen. Die ArbeiterInnen der Automobilindustrie stehen vor großen Herausforderungen, dennoch gibt es unter den KollegInnen eine große Wut und Kampfbereitschaft. In ihrem gegenwärtigen Zustand sind die Vereinigten Staaten jedenfalls reif für eine soziale Explosion. (AS)

## **Soziale Angriffe In England:**

### **Osborne`s Kahlschlagsprogramm: Der Kapitalismus bietet keine Zukunft**

(Statement unserer britischen Schwesterorganisation Communist Workers`Organisation)

#### **Die Kürzungen**

Das groß angekündigte Kürzungsprogramm liegt nun auf dem Tisch. Es beinhaltet die größten Kürzungen der Staatsausgaben der letzten 90 Jahre. Dies war keine große Überraschung, da die wichtigsten Vorhaben bereits vor dem 20. Oktober durchgesiekt waren. Dazu zählen u.a.:

- 490.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, die gestrichen werden sollen.
- Die Kommunalen Ausgaben sollen in vier Jahren um 28% gekürzt werden (Was bedeutet, dass Dienstleistungen zusammengestrichen und Arbeitsplätze abgebaut werden.)
- Das Rentenalter soll bis 2020 für Männer und Frauen auf 66 Jahre aufgesetzt werden.
- Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen die Löhne durch erhöhte Rentenbeiträge gekürzt werden.
- Die Sozialleistungen sollen um weitere 7 Milliarden £ gesenkt werden, was ein Kürzungsvolumen von insgesamt 18 Mrd. £ bedeutet, wenn man die 11 Mrd. £ Kürzungen, die schon vorher bekannt gegeben wurden, hinzurechnet. Darunter werden besonders diejenigen die aus gesundheitlichen Gründen berufsunfähig sind

und die ArbeiterInnen in Niedriglohnbereichen zu leiden haben. Ebenso erhalten Erwerbslose weniger Wohngeld.

- Mieter des sozialen Wohnungsbaus verlieren ihren Mieterschutz, ihre Mieten werden auf 80% des Marktwertes steigen.

Und all dies ist erst der Anfang. Weitere Angriffe sind in Vorbereitung (so die Erhöhung des Rentenalters auf 68 Jahre und vergessen wir nicht, dass die Mehrwertsteuer im Januar steigen wird.) Cameron`s Bande erklärt uns, dass „die Märkte uns bestrafen werden“, wenn wir die Kürzungen nicht akzeptieren, um „unsere“ Staatsausgaben unter Kontrolle zu bekommen. Der britische Staat war in seiner ganzen Geschichte niemals im Verzug. Er genießt höchste Kreditwürdigkeit. Es wäre eine harte Strafe, wenn er diese Bonität verlieren würde und zukünftige Kreditaufnahmen damit teurer würden. Aber von welchen „Märkten“ reden sie hier? Meinen sie etwa dieselben Finanzmärkte, die die Spekulation bis zum finanziellen Zusammenbruch von 2007 trieben? Ist es nicht etwa die gleiche Branche, die bis zu 850 Milliarden £ „Steuergelder“ in den Rachen geschoben bekam um sie nach ihrer Zockerei „zu stützen“. Dieses Rettungspaket hat die Staats-

schulden um 25% zum BIP erhöht. Dies ist der eigentliche Grund für die geplanten Angriffe auf die ArbeiterInnen.

Die Banken zahlen immer noch Milliarden an Boni aus. Sie wurden nur mit einem geringen Anstieg der Kapitalertragsteuer belastet. Gleichzeitig haben Millionen einfacher LohnarbeiterInnen ihre Arbeitsplätze verloren.

## **Die eigentliche Krise**

Dies sind nicht einfach nur „Tory-Kürzungen“ wie die Labour Party und die Gewerkschaften beklagen. Die LohnarbeiterInnen sollen nicht nur für einen bestimmten Zeitabschnitt den Gürtel enger schnallen. Die Kürzungen sind Ausdruck eines Systems, welches sich seit Jahrzehnten in einer tiefen Krise befindet.

Die Kaufkraft und damit die Löhne sind seit den 70er-Jahren im Niedergang begriffen als der Nachkriegsboom an sein Ende kam. Die entfesselte Finanzspekulation der letzten zwanzig Jahre waren nur ein verzweifelter Versuch der Krise Herr zu werden. Jetzt, wo die jüngste Immobilienblase geplatzt ist, soll die Arbeiterklasse den Preis zahlen.

Die Labour Party und die Gewerkschaften behaupten, dass es eine kapitalistische Lösung gäbe, die den ArbeiterInnen Vorteile bringe. In Wirklichkeit hat Labour ähnliche Kürzungsprogramme durchgesetzt. Die Labour Party hat die Finanzspekulation ermutigt und befördert, da dies der einzige Weg war die Akkumulation am Laufen zu halten. Die Wahrheit ist, dass der Kapitalismus sich nur durch eine fortwährende Reduzierung des Lebensstandards der ArbeiterInnenklasse am Leben halten kann. Als ein Boss von BA seiner Belegschaft sagte, dass sie „wie die Chinesen“ denken sollten, meinte er damit keinesfalls den Besuch eines Schnellimbiss, sondern dass sie zu akzeptieren hätten, dass die Löhne auf ein Existenzminimum sinken um so die Profite des britischen Kapitalismus zu sichern.

## **Wie können wir kämpfen**

Das Kürzungsprogramm wurde sehr geschickt auf den Weg gebracht. Bis heute wurde es denjenigen, die es unmittelbar treffen soll, noch

nicht direkt mitgeteilt. Nahezu jeder scheint erst einmal abzuwarten. Und der Angriff auf sog. „Sozialhilfe-Schnorrer“ ist nicht nur ein Versuch, uns zu spalten, sondern auch um unsere Löhne zu drücken und uns dazu zu bringen um immer weniger Arbeitsplätze zu konkurrieren. In dieser Situation führen verfrühte und unüberlegte Aktionen wie bspw. die künstlichen Spektakel der SWP(1) nur dazu Energie für wirkliche Proteste zu zerstreuen. Auf der anderen Seite werden die Gewerkschaften versuchen den Widerstand auf einzelne Sektoren und Betriebe zu begrenzen. Wir müssen uns klar machen, dass wir alle im selben Schlamassel sitzen, nicht mit den lügenden Millionären im Kabinett sondern als Klasse. Jeder Angriff auf eine/n von und ist ein Angriff auf uns alle! Wen wir dies nicht verstehen, werden die „Banken zu groß sein um zu scheitern“ und wir „zu schwach sein um erfolgreich zu sein“. Wir müssen uns in einem Maße zusammenschließen, dass sie uns nicht mehr ignorieren können.

Gleichzeitig müssen wir verstehen, dass der Kapitalismus bei allen seinen Höhen und Tiefen uns im Endeffekt nur noch eine zunehmende Verschlechterung unserer Lebensbedingungen bescheren wird. Die herrschende Klasse hat keinen Ausweg als uns all das wieder zu nehmen, was wir uns in über zwei Jahrhunderte erkämpft haben. Die einzige Alternative für uns ArbeiterInnen besteht darin unser Schicksal in die eigene Hände zu nehmen und die Produktion entlang menschlicher Bedürfnisse zu organisieren und nicht für die abstrakten Profite einiger anonymer Kapitalisten. Bis dahin ist es ein langer Weg. Aber nur wenn wir den einen wirklichen Kampf gegen die Logik dieses Systems aufnehmen, werden wir dahin kommen. Wenn es uns nicht gelingt zurückzuschlagen, wird unser Klassengegner immer hochmütiger werden und weitere Angriffe werden folgen.

Wir haben eine Welt zu gewinnen! Schließt Euch unseren Kampf an! (CWO)

(1) Socialist Workers` Party – eine trotzkistische Organisation die für ihren Opportunismus berüchtigt ist. In der BRD etwa vergleichbar mit der Idioten-truppe „Marx21“

# **Imperialismus, proletarischer Internationalismus und die Rolle des österreichischen Kapitals in Osteuropa**

Imperialismus ist keine bestimmte Politik, die ein Staat wählen kann, sondern stellt das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus dar. „Die imperialistische Politik“ ist nicht das Werk irgendeines oder einiger Staaten, sie ist das Produkt eines bestimmten Reifegrades in der Weiterentwicklung des Kapitals, eine von Hause aus internationale Erscheinung, ein unteilbares Ganzes, das nur in allen seinen Wechselbeziehungen erkennbar ist und dem sich kein einzelner Staat zu entziehen vermag.“ (siehe Rosa Luxemburg: Junius-Broschüre)

So ist Imperialismus auch keine Frage der Größe eines Landes, wie es ein in der Linken weit verbreiteter Irrglaube ist. Dieser Irrtum führt dann dazu, dass in den meisten Fällen nur die USA als imperialistisches Land und als Hauptfeind gesehen werden und man der eigenen Bourgeoisie im Gegenzug jeden imperialistischen Charakter abspricht. Dadurch stellt man sich aber klar auf die Seite der Kapitalisten und in deren Dienste. Jeder Staat, der derzeit - im gegenwärtigen imperialistischen Stadium des Kapitalismus - existiert, ist zwangsläufig auch imperialistisch. Kein Land kann sich dem Imperialismus entziehen. So kann es auch das oft gepredigte Märchen von der Neutralität eines Landes ebenso wenig wie das Selbstbestimmungsrecht der „Völker“ im Kapitalismus geben.

Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zwingt die fallende Profitrate das Kapital in seiner ewigen Jagd nach Profit, auf der Suche nach Absatzmärkten, billigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften, über den ganzen Erdball zu rollen. Kriege sind hier keine Betriebsunfälle, sondern eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und ein Dauerzustand. Dennoch ist Imperialismus nicht zwingend die militärische Unterjochung eines Staates durch einen anderen. Oft reicht die reine ökonomische Herrschaft für die Bourgeoisie aus. Die Kosten für die Militärausgaben (der Besatzung..) können sich die Kapitalisten dann sparen und sie kommen ohne diese zum selben günstigen Profitresultat (im selben Sinne wie sich für das Kapital Lohnarbeit als rentabler erwiesen hat als Sklaverei).

## **Am Beispiel Österreich: Die große Rolle des österreichischen Imperialismus in Osteuropa**

Das österreichische Kapital hat in Osteuropa und am Balkan einen wahren Siegeszug gefeiert. Durch den EU-Beitritt und vor allem die EU-Osterweiterung hat die österreichische Bourgeoisie sehr profitiert und sich am schnellsten die besten Stücke vom Kuchen (den neuen Märkten in Osteuropa) gesichert, indem sie z.B. ein osteuropäisches Unternehmen nach dem anderen einkaufte. Das österreichische Kapital, die österreichischen Kapitalisten (und damit der österreichische Imperialismus) haben in Osteuropa eine große, teilweise sogar führende Rolle in manchen Ländern ist Österreich die dominierende imperialistische Kraft.

Österreich ist in Bosnien, Bulgarien, Slowenien und Kroatien der führende Auslandsinvestor (hier liegt Österreich bei den Direktinvestitionen; welche umfassen, wenn eine Firma mit österreichischem Kapital im Ausland gegründet, gekauft oder damit in diese investiert wird; auf Platz 1).<sup>1</sup> In Rumänien, der Slowakei und Ungarn liegt Österreich bei den Direktinvestitionen auf Platz 2. So ist es kaum verwunderlich, dass österreichische Bourgeoisieblätter Osteuropa als Hinterhof Österreichs und als dessen „erweiterten Heimmarkt“ bezeichnen, also quasi als Neokolonie. Als Grund für ihre besondere Qualifikation für die Märkte in Osteuropa gibt die österreichische Kapitalistenklasse noch aus der Habsburgermonarchie herrührende besondere nicht näher bestimmte Qualifikation an. Aha.

Sowohl beim gesamten österreichischen Kapitalexport, als auch bei dessen Teil der Direktinvestitionen, gehen 50% nach Osteuropa. Der österreichische Kapitalexport setzt sich rund zur Hälfte aus Direktinvestitionen (also wenn eine Firma gekauft, gegründet oder in diese investiert wird) zusammen. Den weitestgehenden Rest des österreichischen Kapitalexports machen Käufe von ausländischen Aktien und (Bank)kredite aus.<sup>2</sup> Der österreichische Kapitalexport, sowohl Direktinvestitionen als auch Bankkredite, hat vor allem im letzten Jahrzehnt massiv zugenommen (jährlich um ca. 30%), 2003 übertrafen die Direktinvestitionen Österreichs ins Ausland erstmals jene vom Ausland in Österreich. Die österreichischen Direktinvestitionen beziehen sich wiederum vor allem auf



den Kreditbereich, also auf den Kauf oder die Gründung von Banken. Österreich hat im internationalen Vergleich einen überdurchschnittlich großen Anteil an nichtindustriellem, spekulativem Kapitalexport (Kredite an Banken und Privatleute) und liegt generell beim Kapitalexport im Spitzenfeld. Das WIFO benennt den Anteil Österreichs an den Direktinvestitionen aller Länder der ganzen Welt in Osteuropa mit 8%; was enorm viel angesichts der kleinen Größe von Österreich ist.<sup>3</sup>

Vor allem im Banken- und Versicherungssektor hat die österreichische Bourgeoisie in Osteuropa dominierende und teilweise sogar monopolistische Positionen inne. Das österreichische Kapital als Hauptprofiteur der EU-Erweiterung betreibt seit ca. 2000 eine außerordentliche Expansion im osteuropäischen Banken- und Versicherungssektor.<sup>5</sup> Österreichische Banken sind Marktführer in Osteuropa.<sup>6</sup> Der Marktanteil des österreichischen Kapitals bei den Banken und Versicherungen liegt in Kroatien bei ca. 65%, in der Slowakei bei ca. 55%, in Rumänien bei ca. 45% und in Tschechien bei ca. 40%.<sup>7</sup> Bank Austria und Raiffeisenbank stellen hier die herausragenden und führenden Vertreterinnen des österreichischen Bankkapitals dar. Z.B. hat die Raiffeisenbank laut der Zeitung "die Presse" vom 13.8.2010 rund 60000 Angestellte in Osteuropa, und diese Zahl ergibt sich nach bereits durchgeführten rigiden Kündigungswellen. Die erste Bank ist ebenso einer der führenden Finanzkonzerne in Osteuropa, 2005 übernahm die Erste Bank die größte rumänische Bank, die vorher in Staatsbesitz war. Andere österreichische Unternehmen wie Raiffeisen, Magna, Meinel, Vöstalpine, Bank Austria, Baufirmen etc. sind ebenso äußerst fleißig in Osteuropa tätig. Im Industriesektor sind OMV und Verbund die wichtigsten österreichischen Konzerne in Osteuropa. Doch hat die österreichische Bourgeoisie im osteuropäischen Industriesektor keine so eine starke dominierende Stellung wie sie diese im Banksektor hat (ausgenommen der OMV in Rumänien).

Natürlich muss betont werden, dass der österreichische Imperialismus ein Teil des EU-Imperialismus ist. Die EU als imperialistisches Allianzprojekt hat Österreich erst seine Machtstellung in Osteuropa ermöglicht. Vor allem im Bund mit der deutschen Bourgeoisie (RWE und EON) macht die österreichische Kapitalistenklasse gemeinsame Sache (z.B bei Nabucco).

## **EU-Imperialistisches Megaprojekt Nabucco**

Ein imperialistisches Megaprojekt stellt der Bau der Gaspipeline "Nabucco" dar. Diese ca. 3300 km lange Pipeline soll nach derzeitigen Stand und nach vielen Verschiebungen des Baubeginns nach hinten nun ab 2011 gebaut werden und Erdgas vom Schwarzen Meer über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich liefern und von dort aus schließlich dann nach ganz Europa verteilt werden. Ebenso wird am weiteren Zugang zu und damit den Anschluss Nabuccos an die Erdöl/Gasvorkommen in Iran, Nordirak, Kasachstan und Turkmenistan gearbeitet, die ersten Verträge in diese Richtung wurden bereits geschlossen. Bereits 2006 unterzeichneten in der Wiener Hofburg die österreichische OMV, die deutsche RWE, der ungarische Energiekonzern MOL, der rumänische Energiekonzern Tranzgaz und die bulgarische Bulgargaz ein Abkommen über den Nabuccobau und 2009 folgten diesen Verträgen schließlich noch Staatsverträge zwischen diesen 6 Ländern über den Pipelinebau. Unter der Federführung der OMV findet das Nabuccoprojekt unter Schirmherrschaft der EU (die 200 Millionen Euro hierfür zuschießt) statt, denn durch Nabucco sichert sich die EU strategischen Zugang zu den knapp werdenden Erdgasressourcen und stärkt somit ihre Position gegenüber dem russischen Imperialismus. PolitikerInnen wie Merkel und Faymann rechtfertigen den Bau der Pipeline mit der Energieunabhängigkeit vom russischen Gas und setzten sich für den Bau ein. Natürlich stößt die Bestrebung der EU, den Einfluss und die Anteile der russischen Gazprom bei den Erdgasressourcen zu verringern, bei der russischen Bourgeoisie nicht auf Freude. So forciert nun die russische Gazprom bereits ein Gegenprojekt zu Nabucco (namens South Stream) und versucht, die bereits an Nabucco beteiligten Länder und Konzerne abzuwerben und für South Stream zu gewinnen.

## **Paradebeispiel OMV**

Die OMV ist wohl der Hauptvertreter des österreichischen Imperialismus im Industriesektor und spielt im Kampf um Marktsphären, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte eine entscheidende Rolle.

Die OMV exportiert beständig, 2004 übernahm sie 51% des rumänischen Erdölkonzerns PETROM, der vorher in Staatsbesitz war. Damit erlangte die OMV die Kontrolle über den rumänischen Energiemarkt. Die damalige rumänische Regierung kommentierte diese Übernahme

me mit einer sehr offenen und ehrlichen Erklärung der Funktionsweise des Kapitalismus: "Wer die rumänischen Gas- und Ölvorkommen kontrolliert, kontrolliert die rumänische Wirtschaft, und wer die rumänische Wirtschaft kontrolliert, bestimmt auch die Politik."

Die OMV ist also ein wahrlich transnationaler Konzern, sie hat eine vorherrschende Stellung beim Tankstellennetz in Mittel- und Südosteuropa inne. Bereits am 8.2. 2003 berichtete das „Wirtschaftsblatt“, dass die OMV im Ausland mehr Tankstellen als in Österreich betrieb. Einige Wochen darauf übernahm die OMV gleich den Tankstellenbetreiber Avanti, der über Tankstellen in Tschechien, Bulgarien und der Slowakei verfügte. Dazu kommt noch die Beherrschung des rumänischen Gas- und Ölmarktes durch die OMV. Aber die Bestrebungen der OMV sind noch ambitionierter. 2006 kauft die OMV 1/3 des türkischen Mineralölunternehmens Petrol Ofisi. Mittlerweile hat die OMV 41% von Petrol Ofisi übernommen, Es geht für die OMV hierbei um den Zugang zu den kaspischen Öl- und Gasreserven und zur Golfregion (Iran...), wo es auch viel Öl gibt. Und durch die "Beteiligung" an Petrol Ofisi ist die OMV in der Lage, damit ihr Nabuccoprojekt voranzutreiben.

### **Proletariat und Bourgeoisie**

Die OMV z.B. kauft ein Unternehmen nach dem anderen ein, macht riesige und steigende Profite (z.B. berichtet die Kapitalistenzeitung "die Presse" vom 4.8.2010, dass die OMV ihren Gewinn im letzten Halbjahr beinahe vervierfacht hat) und entlässt gleichzeitig immer mehr ArbeiterInnen. Geht's der Wirtschaft gut, geht's eben den Unternehmen und damit den Kapitalisten gut, aber nicht den ArbeiterInnen. Die schönen Profite, die die natürlich nicht nur österreichischen Unternehmen in Osteuropa machen, heben den Lebensstandard der ArbeiterInnen in Osteuropa in keinsten Weise. Ganz im Gegenteil, die ArbeiterInnen arbeiten dort für Hungerlöhne und in den letzten 2 Jahrzehnten sind die ArbeiterInnen in Osteuropa von einem dramatischen und unaufhörlich zunehmenden Verelendungsprozess erfasst worden. Riesige Arbeitslosigkeit, ein brachliegendes Gesundheitssystem, Armut und Hungerexistenz etc. führen dazu, dass immer mehr Menschen Osteuropa (und hier vor allem die Dörfer am Land) verlassen. Ganze Dörfer und buchstäblich ganze Landstriche sterben aus, alle die irgendwie können, gehen weg, meistens nach Mitteleuropa; in der Hoff-

nung, dort in Mitteleuropa eine gut bezahlte Arbeit zu finden und so ihre eventuell zu Hause gebliebene Familie finanziell unterstützen zu können. Gut bezahlte Arbeit gibt es für die Scharen von ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa in Mitteleuropa jedoch natürlich nicht. So haben sie keine Wahl und müssen jede, sei es noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen. Die ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa enden dann meist als Saisonarbeitskräfte im Tourismus oder als Sexarbeiterinnen; werden als ebenso versklavte, schlecht bezahlte und illegalisierte Pflegehelferinnen herangezogen; oder finden sich schließlich am so genannten Wiener Arbeitsstrich in der Triester Straße in Favoriten oder der Herbststraße in Ottakring wieder, wo sie für handwerkliche Tagelöhnerarbeiten (wie Mauern, Fliesenlegen, Wohnung tapezieren, Ausmalen...) zu Hungerlöhnen von 4 bis 5 Euro die Stunde zusammengeklaut werden.

### **Imperialismus und proletarischer Internationalismus**

Der Imperialismus ist die Phase des Kapitalismus, in der der Kapitalismus jede historische Fortschrittlichkeit (die er früher aufgrund der Zerstörung der feudalen Strukturen durch die kapitalistische Produktionsweise inne hatte) verbüßt hat und zu einer Fessel für die Weiterentwicklung und das direkte Überleben der Menschheit geworden ist. Im Imperialismus ist die kapitalistische Krise zu einer dauerhaften Erscheinung geworden. Die gegenwärtige Krise besteht bereits seit den 70ern des letzten Jahrhunderts. Aufgrund der Wirtschaftskrise zu Grunde liegenden unaufhaltsamen Falls der Profitrate (was ein kapitalistisches Grundgesetz darstellt), ist das Kapital immer mehr gezwungen, eine Zerstörung des großen Teils des konstanten Kapitals (der Technik, Maschinen etc.) im internationalen Maßstab einzuleiten; das heißt einen erneuten imperialistischen Weltkrieg vom Zaun zu brechen, um so einen neuen Akkumulationszyklus starten zu können. Auch wenn dieser imperialistische Weltkrieg zumindest auf kurzfristige Sicht noch nicht unmittelbar bevorsteht; die Zunahme zwischenimperialistischer Spannungen verschärft sich bereits seit Jahren, ebenso steigen beständig die Ausgaben für Militär und Rüstung. Bereits jetzt wüten und verwüsten an zahllosen Orten der Erde direkte imperialistische Kriege (vor allem geht es bei diesen um die Kontrolle der Ressourcen), in welchen auch das europäische Kapital und damit europäische Staaten sehr involviert sind (z.B. durch direkte Truppensendungen, deren

wahrer aggressiver militärisch-imperialistischer Charakter durch die Darstellung und Benennung als "humanitäre Einsätze" verschleiert wird); nur eben sind die kapitalistischen Metropolen von diesen imperialistischen Schlächtereien derzeit noch nicht erfasst und selbst noch nicht direkt betroffen.

Im Imperialismus kann es keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben, wie bereits Rosa Luxemburg vor fast 100 Jahren erkannte: Jede Kollaboration mit der nationalen Bourgeoisie stellt eine Unterstützung und Festigung des Kapitalismus und einen Verrat an den Klasseninteressen der ArbeiterInnen dar. In einem imperialistischen Krieg kann es für das Proletariat keine richtige Seite, keine Seite zu unterstützen geben; da ein Wählen zwischen den imperialistischen Vertretern einer Wahl zwischen verschiedenen Todes- und Folterarten gleichkommt. Keine Seite der Bourgeoisie darf in einem imperialistischen Krieg von der ArbeiterInnenklasse unterstützt werden; unter welchem Deckmäntelchen die Bourgeoisie auch immer, um damit die ArbeiterInnenklasse für ihre kapitalistischen Gräueltaten einzuspannen, ihre Beteiligung am imperialistischen Krieg zu rechtfertigen versucht (ob "Patriotismus und Vaterlandsverteidigung", "Krieg gegen den Terror", "Krieg für die Demokratie", Antifaschismus; was ihr auch sonst noch immer einfallen mag).

Die Interessen der ArbeiterInnenklasse sind jenen der Bourgeoisie diametral entgegengesetzt. Der nationalistischen Kriegshetze der Kapitalisten müssen die ArbeiterInnen proletarischen Internationalismus entgegensetzen und entgegenhalten. "Der Imperialismus und in seinem Dienste der Militarismus kommen vielmehr bei jedem Siege und bei jeder Niederlage in diesem Kriege vollauf auf ihre

Rechnung, ausgenommen den einzigen Fall: wenn das internationale Proletariat durch seine revolutionäre Intervention einen dicken Strich durch jene Rechnung macht." (siehe Rosa Luxemburg: Junius-Broschüre)

Diese revolutionäre Position gilt für uns InternationalistInnen mehr denn je. Nur das Proletariat kann durch eine sozialistische Revolution der kapitalistischen Barbarei -der dem Kapitalismus innewohnenden Logik, dessen Zwang zu Krieg, Zerstörung etc...- ein Ende machen. Darin besteht das Klasseninteresse des Proletariats, für dessen Durchsetzung wir kämpfen. Deshalb und dafür wiederum organisieren wir uns und sind zudem überzeugt, dass eine internationale und internationalistische revolutionäre kommunistische Partei, deren Aufbau wir forcieren wollen, eine notwendige Voraussetzung für den Sturz der kapitalistischen Barbarei darstellt. Das ist aber noch lange nicht genug, denn unser Ziel besteht in der Erschaffung einer Gesellschaft ohne Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung (und damit ohne Staaten, Klassen, Lohnarbeit und Geld)- dem Kommunismus.

1. Laut einer Studie des WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut:  
[http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P\\_2010\\_03\\_04\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2010_03_04$.PDF)
2. Siehe Studie des WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut:  
[http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P\\_2010\\_03\\_04\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2010_03_04$.PDF)
3. ebenda
4. siehe Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO:  
[http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P\\_2010\\_03\\_04\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2010_03_04$.PDF)
5. siehe Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO:  
[http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P\\_2010\\_03\\_04\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2010_03_04$.PDF)
6. siehe Bericht der WIKO: "5 Jahre EU-Erweiterung. Eine Bilanz der österreichischen Wirtschaft", S. 21
7. siehe Österreichische Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht Nr.13/2007, S: 52

## **Von der „Arbeiteraristokratie“ zur Prekarisierung – Imperialismus und Klassenzusammensetzung**

In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen des internationalen Proletariats katastrophal verschlechtert. In vielen Teilen der Welt hat die kapitalistische Ausbeutung Ausmaße angenommen, dass im Vergleich dazu die Sklaverei in der Antike geradezu wie ein Paradies auf Erden erscheint. Um vollständig die wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen, welche zum Wiedererscheinen solcher Formen der absoluten Armut (wo hunderttausende Menschen täglich gegen den

Hungertod kämpfen...) geführt hat, ist es notwendig, die modernen Formen der imperialistischen Herrschaft zu untersuchen. Diese haben zu einer Aneignung eines wachsenden Teils des Mehrwerts durch eine außerordentliche Zunahme von fikтивem Kapital geführt. Der Imperialismus ist nicht unveränderlich. (...) Vielmehr modifiziert der Imperialismus kontinuierlich seine Methoden, um sich den durch das internationale Proletariat erzeugten Mehrwert einzuverleiben.

Wir wären schlechte historische MaterialistInnen, wenn wir nicht an den Kern des dynamischen Charakters des Imperialismus (den Lenin als die höchste Phase des Kapitalismus definierte) vordringen würden und wenn wir nicht die Fähigkeit des Imperialismus erkennen würden, sich an die verändernden Bedingungen anzupassen, in denen sich die strukturellen Widersprüche der Kapital-Lohnarbeit-Beziehung offenbaren. Diese Entwicklungen haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Passivität des Proletariats auf internationaler Ebene hat es dem Imperialismus erlaubt, all seine Instrumente für die ungestörte Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses zu verfeinern, - was im Gegenzug zur Verarmung der großen Mehrheit der Menschheit geführt hat.

Wir wollen im Folgenden die Auswirkungen skizzieren, die diese neuen Aspekte des Imperialismus auf die Zusammensetzung des internationalen Proletariats gehabt haben und ebenso die Schwierigkeit der ArbeiterInnen sich als Teil einer Klasse zu begreifen hervorheben. Seit den Zeiten Lenins hat sich der Imperialismus grundlegend verändert. Es ist daher von zentraler Wichtigkeit, die gegenwärtigen Aspekte des Imperialismus und deren Konsequenzen für die Zusammensetzung der Klasse auf Welt-niveau zu analysieren. Das ist ein schwieriger Versuch, da sich gegenwärtig das Proletariat nicht einmal als Klasse wahrnimmt. All dies zwingt uns jeden Aspekt der gesellschaftlichen Auswirkungen der Art und Weise, wie sich der gegenwärtige Imperialismus darstellt, zu analysieren und zu verstehen.

### **Lenin: Imperialismus und "Arbeiteraristokratie"**

In seiner während des Ersten Weltkrieges verfassten Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ versuchte Lenin die neuen Merkmale kapitalistischen Produktionsweise und deren Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Proletariats und die politischen Konsequenzen auf den Klassenkampf zu verstehen.

Für Lenin stellte das wichtigste wirtschaftliche Merkmal des Imperialismus die Durchsetzung des Monopols dar. Die vorherige Wirtschaftsstruktur des Kapitalismus basierte auf (weitgehend) freiem Wettbewerb. Dieser Laissez Fair-Kapitalismus (wenn er in dieser Form überhaupt jemals rein existiert hat) wandelte sich zunehmend und führte zu wachsender Mono-

polkonzentration. Eines der besonderen Merkmale dieser großen Monopolbündelungen ist die Breite ihrer wirtschaftlichen Interessensverflechtungen, sowohl im Banken- als auch im Industriesektor. Und tatsächlich bestimmen diese Monopolinteressen die internationale Politik. Mit dem Imperialismus hat der Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und damit des Reichtums ein solch beispielloses Ausmaß angenommen, dass es dadurch zu einer Änderung im Preisbildungsprozess und somit in der Profitrate selbst kam. Lenin war sich völlig der neuen wirtschaftlichen Gegebenheit bewusst, dass dank dem Monopol die Kapitalisten einen Extra-Profit erzielen können, welcher ausschließlich aus den Einnahmen herrührt, die sie aufgrund ihrer Marktposition (Monopol) erhalten. Ein Aspekt des Imperialismus zu Zeiten Lenins war die Kapazität der großen Monopole, eine höhere Profitrate zu erzielen als in einer „freien“ Marktwirtschaft. Die aus der Vorherrschaft der Monopole erzielten Extra-Profite erlaubten den Prozess der Kapitalakkumulation aufrecht zu erhalten und zu stabilisieren. So wurden die notwendigen Voraussetzungen für die beschleunigte Bildung von überschüssigem Kapital, das nur Verwendung auf den internationalen Märkten finden konnte, geschaffen. Wenn sich auf dem Binnenmarkt keine einträgliche Tätigkeit für ihr Kapital finden ließ, exportierten die großen Monopole ihr Kapital ins Ausland. So wurde ein erbitterter Kampf zwischen diesen großen Wirtschafts- und Finanzkonglomeraten um die Kontrolle der Gebiete für den Kapitalexport entfesselt. Vor diesem Hintergrund wurde der internationale Konflikt, der im Jahr 1914 ausbrach, von Lenin als ein imperialistischer Krieg der Großmächte um die Kontrolle der Märkte für den Export von überschüssigem Kapital definiert. Im Hinblick auf die wissenschaftlichen Analysen der neuen Formen, die das Kapital zu Beginn des 20. Jahrhunderts angenommen hat, war die Analyse Lenins nicht vollkommen neu. Vor Lenin war der Imperialismus von vielen anderen ÖkonomInnen, im besonderem Maße vom Engländer Hobson und dem deutsche Sozialdemokraten Hilferding, untersucht worden. Lenins neuer Beitrag bestand in der Erkenntnis aller Aspekte, die den Beginn des Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise einleiteten. Mit dem Imperialismus begann die Phase, in dem der Prozess der Kapitalakkumulation auch von Faktoren außerhalb der eigentlichen Produktionssphäre aufrechterhalten wurde. Die dank der Monopolstellung erzielten Extra-Profite stellten die ersten An-

zeichen der Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaftsformation dar.

Diese Extra-Profite (der so genannt werden, weil sie außerhalb des Profits, den die Kapitalisten aus den ArbeiterInnen im eigenen Land herauspressen, erzielt wird) wurden (...) zu einem sehr kleinen Teil von der Bourgeoisie genutzt, um bestimmten Sektoren der ArbeiterInnenklasse Zugeständnisse zu machen. Dies führte zu einer veränderten Klassenzusammensetzung und der Herausbildung einer sog. „Arbeiteraristokratie“. Lenin identifizierte die Herausbildung dieser „Arbeiteraristokratie“ als eines der Instrumente, mit denen die Bourgeoisie versuchte, die Einheit des Proletariats zu brechen, indem sie die ArbeiterInnenklasse auf ideologischer Ebene korrumpierte und sie für ihre Interessen im Ersten Weltkrieg einspannte ( Mobilisierung des Proletariats für den imperialistischen Krieg unter der Parole der Vaterlandsverteidigung). Durch die Verteilung der Krümel der Extraprofite an das Proletariat blieb die ArbeiterInnenklasse in vielerlei Hinsicht in den Fesseln der reformistischen Politik der Zweiten Internationale gefangen. Auf der anderen Seite stellte Lenin die Frage, wie der Mechanismus zu verstehen sei, der es der Bourgeoisie ermöglichte, das europäische Proletariat für den Ersten Weltkrieg zu mobilisieren; während sich doch gleichzeitig die Widersprüche im Reproduktionsprozess dermaßen anhäuferten und zuspitzten. Durch die Herausbildung einer „Arbeiteraristokratie“ eröffnete der Imperialismus somit Spielräume für reformistische Politik, indem er die ArbeiterInnen mit dem Versprechen der ständigen Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen in die Irre führte. Bezüglich der „Arbeiteraristokratie“ kam Lenin zu folgenden höhnischen Urteil:

*„Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der "Arbeiteraristokratie", in ihrer Lebensweise, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der "Versailer" gegen die "Kommunarden". (Lenin: Vorwort zu: " Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" )*

Einerseits signalisiert der Imperialismus den Beginn der dekadenten Phase des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystems und setzte eine Reihe von Ausbeutungsmechanismen in Kraft, die typisch für eine Gesellschaft im Niedergang sind. Andererseits haben es seit einigen Jahrzehnten die gleichen Mechanismen der Bourgeoisie erlaubt, einen Teil dieser aus den Extraprofiten herrührenden Geldmittel an bestimmte Teile der ArbeiterInnenklasse in den zentralen Bereichen des Weltkapitalismus weiterzuleiten. Für alle, die es gewohnt sind, die Wirklichkeit durch die verzerrte Linse des Idealismus oder aus der Sicht des alten mechanischen Materialismus zu betrachten, scheinen Dekadenz und ArbeiterInnenaristokratie zwei unvereinbare Phänomene zu sein, weil Dekadenz nicht vorhanden sein kann, solange sich die Bedingungen für einen erheblichen Teil der ArbeiterInnenklasse verbessern. Oberflächlich betrachtet scheint hier ein Paradoxon vorzuliegen, aber eine korrekte Anwendung des Marxismus ermöglicht es uns zu verstehen, dass verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen für Teile der ArbeiterInnenklasse, (der sog. Arbeiteraristokratie), vollkommen kompatibel sind mit der Aneignung von Mehrwert und damit der Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft.

### **Imperialismus und wachsende Unsicherheit**

Der wirtschaftliche Mechanismus, der die Existenz der „ArbeiterInnenaristokratie“ in den fortgeschrittenen Gebieten des Kapitalismus gestützt hatte, funktionierte weitestgehend bis zum Beginn der 70er des 20en Jahrhunderts. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde mindestens drei Jahrzehnte lang ein winziger Teil der von den großen europäischen Monopolgruppen erzielten Extraprofite in höhere Löhne umgesetzt, wofür es im Gegenzug umfassenden ( von den Gewerkschaften garantierten) soziale Frieden gab. Die industrielle Produktion im großen Maßstab erforderte die Lenkung des gesamten Produktionszyklus und in diesem Zusammenhang war es für das Kapital sinnvoll eine stabile Beziehung zur Arbeitskraft zu wahren. Die Wirtschaftskrise der frühen siebziger Jahre des 20en Jahrhunderts- Folge der durch die zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals verursachten fallenden Profitrate - veränderte jedoch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend. Im Kontext der Krise setzten sich neue Mechanismen der Mehrwertaneignung durch, die letztendlich Klassenzusammenset-

zung nachhaltig änderten. Der moderne Imperialismus hat seine Struktur radikal weiterentwickelt. Er breitet seine Krallen überall auf dem Planeten aus. Zu Beginn des 20en Jahrhunderts beherrschte das kapitalistische Wirtschaftssystem zwar schon den Planeten; doch es existierten damals noch große Gebiete, in denen vorkapitalistische Verhältnisse bestehen blieben. Im Wesentlichen ist es dem Kapital in der ersten Phase des Imperialismus gelungen, die gesamte Erde zu erfassen. Gleichzeitig waren jedoch weite Teile Afrikas und Asiens von vorkapitalistischen Produktionsweisen geprägt. Der Kapitalexport öffnete zwar den Weg zur Internationalisierung des Proletariats, aber dieser Prozess dauerte mehrere Jahrzehnte und verlief nicht so, wie Lenin es sich vorgestellt hatte. Während in früheren Stadien des Imperialismus die kapitalistische Entwicklung bessere Bedingungen für das Proletariat im Zentrum des Systems mit sich brachte, verlief die Entwicklung in den Ländern der kapitalistischen Peripherie anders. Der Kapitalismus hat endgültig die alte Produktionsweise zerstört. Vorkapitalistische Gebiete existieren nicht mehr- nicht einmal mehr diejenigen, die den Interessen des Kapitals dienlich wären. Der gesamte Planet wird von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht. Der bei weitem größte Teil des Proletariats in den peripheren Ländern lebt unter schrecklichen Bedingungen. Die weltweite Zerstörung der alten bäuerlichen wirtschaftlichen Infrastruktur hat einen Ansturm von Menschen, die versuchen dem Hunger zu entkommen, auf die Ballungszentren ausgelöst. Dadurch wurde eine beispielelose Proletarisierung von Hunderttausenden Menschen forciert. Ferner wurden durch die Wirtschaftskrise die Mechanismen für die Aneignung von Mehrwert durch die Produktion von fiktivem Kapital verfeinert. Der Zusammenbruch von Bretton Woods, die Deregulierung der Kapitalmärkte, die Entstehung neuer, höchst spekulativer Märkte- all dies sind Schritte, die einen radikalen Wandel in der Gestalt der imperialistischen Herrschaft eingeläutet haben. Marxens Modell der kapitalistischen Reproduktion (G-W-G') nachdem sich Kapital in Form von Geld in industrielles Kapital verwandelt und dann durch den Verkauf der Waren in eine höhere Summe Geld umgewandelt wird, findet sein Ergänzung in der Formel G-G': Das Kapital in Form von Geld verwandelt sich also nicht zuerst in industrielles Kapital, sondern lässt die Stufe der Produktion aus. Die vorherrschende Art der Aneignung von Mehrwert findet heute durch fiktives Kapital (oder vielmehr durch Kapitalmittel, die nicht direkt in die Produktion eintreten) statt.

Lenin definierte Imperialismus als die Phase des Monopolkapitalismus, in welcher das Finanzkapital, in anderen Worten Bankkapital, das in der Form von Geld in die Produktionsphäre investiert wird, vorherrscht. Heute jedoch zwingt uns die Realität diese Definition zu aktualisieren und den Begriff des Finanzkapitals durch den geeigneteren des fiktiven Kapitals zu ersetzen. Bis in die 70er Jahre funktionierten die Mechanismen der Mehrwertaneignung weitgehend so wie Lenin sie beschrieben hatte. Allerdings nahm Anfang der achtziger Jahre die Bedeutung des fiktiven Kapitals mehr und mehr zu. Fiktives Kapital trägt in keinsten Weise zur Herstellung auch nur eines Funkens Mehrwerts bei, da es niemals direkt in die reale Warenproduktion eintritt. Als Ausdruck des enormen Ausmaßes, den der Prozess der Konzentration und Zentralisation des Vermögens erreicht hat, strömen immer größere Kapitalmengen auf die internationalen Märkte und suchen nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Fiktives Kapital kann sich jedoch nur dadurch profitabel verwerten, weil irgendwo auf der Erde reale ProletarierInnen produzieren und damit Mehrwert erzeugen. Die Profite des fiktiven Kapitals basieren also immer auf dem realen Mehrwert, den die ArbeiterInnen irgendwo produzieren.

In sozialer Hinsicht hat die grassierende Finanzspekulation weltweit große Verwüstungen angerichtet. Die neuen Formen der imperialistischen Herrschaft verschärfen unaufhaltsam die Ausbeutung der Arbeitskraft, da eine ständig wachsende Kapitalmenge nicht direkt in die Produktion von Waren eintritt und gleichzeitig doch Profit fordert. Wir erleben heute ein exponentielles Wachstum spekulativer Aktivitäten und eine steigende Ausbeutung des Proletariats. In den zentralen kapitalistischen Ländern nimmt die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse immer mehr zu, während in den Ländern der Peripherie immer mehr Menschen verarmen. In einem Zeitraum von wenigen Jahrzehnten sind die industriellen Kernsektoren der Arbeiterklasse durch die Zunahme von schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen grundlegend geschliffen worden. Dies wurde maßgeblich durch die Schaffung eines einheitlichen globalen „Arbeitskräftemarktes“ ermöglicht, ein Prozess, der im 19. Jahrhundert begann und erst vor kurzem abgeschlossen wurde. Diese Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes hat einen enormen Druck hin zu niedrigeren Löhnen und immer prekärer werdenden Beschäftigungsverhältnissen erzeugt. Die Arbeits- und Ausbeutungsstrukturen haben sich grundlegend verändert. Das Fließband, wo

früher Tausende Seite an Seite arbeiteten, existiert in den kapitalistischen Zentren weitgehend nicht mehr. Ebenso hat sich auch das Verhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit im Vergleich zu der Situation die bis zum Ende der 70er Jahre existierte verändert. Den Interessen des Kapitals folgend geht der Trend unbestreitbar in Richtung hoch flexibler und damit prekärer Arbeitsverhältnisse.

## Schlussfolgerungen

In den kapitalistischen Zentren sind immer breitere Teile des Proletariats immer größerer Existenz-Unsicherheit ausgesetzt. Doch in der Peripherie leben hunderttausende ProletarierInnen in noch viel extremerer Armut, was die Herausbildung einer globalen Klassenidentität erschwert. Es existieren neue Formen imperialistischer Herrschaft, die einen tiefen und bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung des internationalen Proletariats haben. Das außergewöhnliche und wachsende Wuchern der Finanzspekulation, das Anwachsen von fiktivem Kapital führt dazu, dass in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gebieten die industrielle Arbeiterklasse zugunsten des tertiären Sektors schwindet. Dies hat die Bedingungen für die Entwicklung von Klassenbewusstsein grundlegend verändert.

In der Peripherie hat das Wuchern des fiktiven Kapitals die totale Zerstörung der alten wirtschaftlichen Strukturen besiegelt. In diesem Prozess werden Hunderttausende von Menschen proletarisiert. Davon zeugt nicht zuletzt die Landflucht der ProletarierInnen, in die Städte, wo sie gezwungen sind jede Arbeit anzunehmen um zu überleben.

Heute sind die Möglichkeiten und Spielräume für reformistische Politik definitiv nicht mehr gegeben. Reformen die die Lebenssituation der ArbeiterInnen nachhaltig verbessern gehören der Vergangenheit an. Das Kapital kann keine Spielräume mehr zugestehen. Um seinen unersättlichen Hunger nach Profiten zu stillen ist es gezwungen Angriff um Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Klasse durchzuführen. Angesichts des Ausmaßes der kapitalistischen Angriffe hat das Proletariat bisher auf diese Angriffe unzureichend geantwortet: Den kapitalistischen Angriffen setzt die Ar-

beiterInnenklasse bisher kaum Widerstand entgegen, der Klassenkampf spielt sich auf niedrigen Niveau ab. Die Gründe dafür liegen in der veränderten Klassenzusammensetzung die der moderne Imperialismus hervorgerufen hat und die die Herausbildung einer Klassenidentität erschweren. Auch wenn das Proletariat in den letzten Jahrzehnten zahlreicher geworden ist und sich auf alle Teile der Welt verteilt hat; so ist es doch gleichzeitig zersplittert und nimmt sich selbst als soziale Klasse mit bestimmter Position in der kapitalistischen Gesellschaft kaum wahr. In den letzten Jahren hat die Bourgeoisie die Sektoren in denen sich Klassenbewusstsein am besten entwickeln könnte abgeräumt. Sie hat soziale Räume und Fabriken zerstört und sogar proletarische Stadtviertel wurden abgerissen, um Platz für neue Finanztempel zu schaffen. Hinzu kommt noch die ideologische Fessel und ideologische Umklammerung durch die Bourgeoisie, welche die Entwicklung eines proletarischen Klassenbewusstseins zusätzlich erschwert.

Die sporadischen Episoden des proletarischen Klassenkampfes in den letzten Jahren können uns helfen, einige abschließende kurze Erwägungen über die gegenwärtige Periode der imperialistischen Herrschaft aufzustellen. Heute ist es aufgrund der außerordentlichen ideologischen Herrschaft des Kapitals und den veränderten Bedingungen, in denen sich das Proletariat wiederfindet, mehr als zuvor notwendig auf den Aufbau der internationalen Partei des Proletariats hinzuwirken. Die veränderten Lebensbedingungen des Proletariats erfordern einen Klassenkampf, der sich nicht nur auf wirtschaftliche Forderungen beschränkt, sondern politische Formen annehmen muss. Die Tatsache dass es in dieser Epoche keine Spielräume für reformistische Politik mehr gibt, erhöht das Potenzial für Kämpfe die eine unmittelbare politische Stoßrichtung annehmen. Aber ohne die Existenz einer verankerten internationalen und internationalistischen Partei besteht die Gefahr dass dieses Potenzial verpufft, und dass alle Kämpfe, sogar die radikalsten von vornherein zu Niederlage verdammt sind, was dem Kapital die Möglichkeit ergeben würde, die Welt weiter ins Elend zu stürzen und gleichzeitig weitere Kriege vorzubereiten. (Aus Prometheus Nr.14 Zeitschrift der Partito Comunista Internazionale - Battaglia Comunista)

## Marxismus oder Idealismus – Unsere Differenzen mit der IKS

Linkskommunistische Positionen sind hierzu-land rar gesät. Wir werden oft gefragt, worin eigentlich genau unsere Differenzen mit der IKS (Internationale Kommunistische Strömung) bestünden, einer Organisation die für sich in Anspruch nimmt, in der Tradition der Kommunistischen Linken zu stehen. Nach längeren Überlegungen haben wir uns daher entschlossen, die wichtigsten Unterschiede zu skizzieren. Da unsere Differenzen mit der IKS recht umfangreich sind, haben wir uns bemüht uns so kurz wie möglich zu fassen und besonders die Fragen herauszugreifen, die für die Aktivität von RevolutionärInnen von unmittelbarer Wichtigkeit sind. Einige werden dies vielleicht für kleinliches Gezänk zwischen kommunistischen Gruppen halten. Aber eine solche Haltung unterschätzt die Notwendigkeit von Debatten. Ohne scharfe Diskussionen, wird keine politische Klärung möglich sein, die es uns ermöglicht ein tragfähiges Programm zur Überwindung des Kapitalismus zu entwickeln. Gleichwohl ist der folgende Text vor einem traurigen Hintergrund entstanden: Der sektiererischen Verhärtung der IKS, die sich zuweilen in offener Hysterie<sup>1</sup> und fragwürdigen Methoden gegen unsere Organisation ausdrückt.<sup>2</sup> Dies zwingt uns unsere bisherige Zurückhaltung aufzugeben. Offenkundig ist die IKS der Meinung, die weit verbreitete Unwissenheit über die Geschichte der Kommunistischen Linken und die revolutionären Traditionen der ArbeiterInnenklasse ausnutzen zu können, um unsere Positionen verfälscht darzustellen, zu lügen<sup>3</sup> und allerlei schräge Behauptungen<sup>4</sup> in die Welt zu setzen. Eine solche Politik einer vorgeblich revolutionären Organisation ist nicht nur schäbig, sondern auf Sand gebaut. Die Lügen der IKS haben kurze Beine und die Rache der Geschichte ist zuweilen furchtbarer als die Schauer geschichten einer „allwissenden“ Pariser Zentrale

### Historische Ursprünge

Beginnen wir mit der Entstehungsgeschichte von IKS und IKT. Die Ursprünge unserer Tendenz gehen auf den Kampf der linken Fraktion innerhalb der Sozialistischen Partei Italiens und der daraus resultierenden Gründung der Kommunistischen Partei Italiens zurück. Als die Kommunistische Partei von Italien 1921 gegründet wurde, war die weltweite Welle von Klassenkämpfen jedoch im Begriff abzuebben.

Dieser Umstand erleichterte den Prozess der Stalinisierung, der in Italien federführend von Gramsci und Togliatti vorantrieben wurde. Die Partei wurde so schrittweise ein gefügiges und treues Werkzeug Moskaus. Die Linke Fraktion versuchte dagegen Widerstand zu leisten. Im Zuge der weltweit fortschreitenden Konterrevolution wurden sie jedoch aus ihren Positionen in der Kommunistischen Partei entfernt und schließlich ausgeschlossen. Bis 1928 waren die Militanten der Kommunistischen Linken entweder in faschistischen Gefängnissen, in der Illegalität oder im Exil, wo sie Zeitungen wie Bilan, Prometeo und Octobre veröffentlichten. 1943 ergriffen die im Untergrund agierenden AktivistInnen der Linken um den aus dem Gefängnis entlassenen Onorato Damen die Initiative und gründeten unter dem Eindruck einer gewaltigen Streikwelle, die Italien erfasst hatte, die „Partito Comunista Internazionalista“ (PCInt). Von Anfang an vertrat die PCInt einen kompromisslosen revolutionären Defätismus: „Gegen die Losung des nationalen Krieges, die die italienischen Arbeiter gegen die deutschen und englischen Proletarier in Stellung bringt, setzen wir die Losung der kommunistischen Revolution, die die Arbeiter der ganzen Welt gegen ihren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus vereint.“<sup>5</sup>

Die PCInt war die einzige relevante Organisation, die die Klassenautonomie ohne Abstriche verteidigte und alle Seiten im Zweiten Weltkrieg als imperialistisch denunzierte. Die Grundsatzpositionen der PCInt haben für uns nach wie vor Gültigkeit:

- 1. Rosa Luxemburg und nicht Lenin hat in der nationalen Frage Recht behalten.**
- 2. Die alten jetzt vollständig stalinisierten Parteien waren nicht zentristisch, sondern bürgerlich.**
- 3. Die Gewerkschaften sind unwiderruflich zu Stützen der bürgerlichen Ordnung geworden und können vom Proletariat nicht wieder zurückerobert werden.**
- 4. Die UdSSR ist ein staatskapitalistisches Gebilde, in dem die ArbeiterInnenklasse wie in jedem anderen kapitalistischen Land ausgebeutet wird.**
- 5. Um den Kapitalismus zu überwinden braucht das Proletariat eine politische Partei. Jedoch darf die Kommunistische Partei nicht stellvertretend für das Proletariat die Macht ausüben. Das Proletariat darf seine**



## **Macht an keinen anderen delegieren- nicht einmal an seine eigene Partei.**

[Thesen der Damen-Tendenzen beim Kongress der PCInt 1952]

Durch die aktive Intervention in die Streikkämpfe konnte die PCInt Tausende für sich gewinnen. Nach Kriegsende schlossen sich auch die meisten der aus dem Exil zurückkehrenden AktivistInnen der Kommunistischen Linken der PCInt an. Schließlich arbeitete auch Amadeo Bordiga, der ehemalige Führer der Kommunistischen Partei von Italien, mit der PCInt zusammen, ohne jedoch formal beizutreten. Bordiga hatte sich 1930 aus dem aktiven politischen Leben zurückgezogen und weigerte sich bis zum Ende des Krieges, sich mit seinen früheren GenossInnen zu treffen.

Lediglich eine kleine Gruppe in Marseille weigerte sich mit der Begründung, dass die Zeit nicht reif sei eine internationalistische Partei zu gründen, der PCInt beizutreten. Diese Gruppe war die „Gauche Communiste de France“ (GCF) unter der Leitung von Marc Chirik, dem späteren Gründer der IKS. Diese Fraktion gelangte unter dem Eindruck des Koreakrieges zu der Einschätzung, dass ein dritter Weltkrieg auf der Tagesordnung stünde, der Europa ein weiteres Mal verwüsten würde. Ihr wichtigster Kader, Marc Chirik, verabschiedete sich daher nach Südamerika, um „dort die Ideen zu retten“. Kurze Zeit später verschwand die GCF von der Bildfläche.

Auch die PCInt sah sich zunehmend mit Problemen konfrontiert als der Nachkriegsboom einsetzte und sich der Kapitalismus stabilisierte. Bordiga begann nun gegen die Gründungsgrundsätze der Partei zu argumentieren. Eine dieser Meinungsverschiedenheiten bestand darin, dass Bordiga darauf beharrte, dass die Partei die Klasse darstellt und nicht ihren bewussten Teil. Nach dreijähriger Diskussion spaltete Bordiga die Partei und seine AnhängerInnen nahmen den Namen „Internationale Kommunistische Partei“ an. Seitdem haben sie sich mehrmals gespalten und es gibt jetzt mehrere bordigistische Parteien, die alle den Anspruch erheben, „die Partei“ bzw. die wirkliche Vertreterin der ArbeiterInnenklasse zu sein.

Die IKS wurde 1975 gegründet und behauptet von sich, in der Tradition der italienischen Linken zu stehen, was sie jedoch nicht davon abhält eklektische Anleihen bei den deutschen und niederländischen Strömungen des Rätekommunismus zu machen. 1977 berief die PCInt (Battaglia Comunista) die erste Reihe internationaler Konferenzen ein, die bis 1980 dauerten. Im Zuge dieser Konferenzen teilte die britische Gruppe „Communist Workers Organi-

sation“ zunehmend die Positionen der PCInt und es kam sogar soweit zu einer Übereinstimmung, dass diese beiden Gruppen das Internationale Büro für die Revolutionäre Partei (IBRP), (den Vorläufer der IKT), gründeten. Vor der Konstituierung des IBRP waren die internationalen Konferenzen bereits zum Stillstand gekommen, als die IKS sich weigerte, ein neues Kriterium zu akzeptieren, welches besagte, dass die internationalen Konferenzen Teil der Diskussionsarbeit unter revolutionären Gruppen für die Koordinierung ihrer aktiven politischen Intervention in den Klassenkämpfen darstellen sollten. Von nun an gingen IBRP und IKS getrennte Wege, (auch wenn informelle Kontakte beibehalten wurden, und wir z.B. auf der „Fête“ von Lutte Ouvrière die Presse der IKS verkauften als diese dort ausgeschlossen war).

## **Fragwürdige Propheten: Die IKS und ihr Konzept vom „historischen Kurs“**

Wir befinden uns in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, der Epoche der Kriege und Revolutionen. In dieser bringt das Ende eines Akkumulationszyklus zwei getrennte, aber miteinander zusammenhängende Alternativen mit sich: Krieg oder Revolution. Ob es dann nun zu Krieg oder Revolution kommt hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat ab. Das genaue Verständnis dieses Kräfteverhältnisses ist für die Aktivität von Revolutionären essentiell. Hierzu bedarf es gründlicher Analysen, um zu vermeiden in Schwarz-Weiß-Denken und Schematismus zu verfallen. Auf keinen Fall kann es für eine revolutionäre Organisation darum gehen, den Nostradamus zu spielen und ihre Politik auf abstrakten Vorhersagen aufzubauen. Genau diesen Fehler begeht jedoch die IKS mit ihrem Konzept des „historischen Kurses“. Hierbei handelt es sich um ein (der alten GCF) entlehntes Entweder-Oder-Schema, nach der historische Perioden auf der Grundlage abstrakter Bemerkungen über die Bedingungen der Arbeiterklasse entweder als revolutionär oder konterrevolutionär abgestempelt werden. So war es nach Ansicht der alten GCF falsch (und opportunistisch) 1943 während des Zweiten Weltkrieges die PCInt in Italien aufzubauen, da die Periode konterrevolutionär gewesen sei.<sup>6</sup> Nach Ansicht der IKS habe diese Periode 1968 geendet und eine neue Periode eröffnet, in der der „historische Kurs“ in Richtung einer Zuspitzung der Klassenkonfrontationen gehe.<sup>7</sup> Die IKS leitet hieraus ab, dass gegenwärtig weder

die Bourgeoisie noch das Proletariat erfolgreich waren, ihre Lösung auf die Krise des Kapitalismus (also Krieg oder Revolution) durchzusetzen. In den Augen der IKS hält das Proletariat die Bourgeoisie noch vor dem Krieg zurück, da es ungeschlagen und daher ein „Hindernis gegen den Krieg“ sei. Entgegen aller Realitäten und den mannigfachen Ereignissen, die gegen solch eine Sichtweise sprechen, klammert sich die IKS an diese Sichtweise. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist eine Welle von Kriegen auf der ganzen Welt ausgebrochen, die die ArbeiterInnenklasse nicht verhindert hat, bzw. nicht verhindern konnte. Ebenso sieht die IKS nicht die augenscheinliche Schwäche des Proletariats, auf die verschärften kapitalistischen Angriffe angemessen zu reagieren. Wir hingegen nehmen diese gegenwärtige Schwäche der ArbeiterInnenklasse sehr ernst und legen großes Gewicht darauf, die Probleme der Klasse eingehend zu analysieren. Die sich verschlimmernden Widersprüche des Kapitalismus können den Weg für eine Wiederaufnahme der kommunistischen Zielsetzung durch die Masse der ArbeiterInnenklasse ebnen. Dies wird jedoch keineswegs ein automatischer und spontaner, gradliniger Prozess sein. Es gibt weder eine automatische Verbindung zwischen Krise und Klassenkampf noch zwischen militanten Kämpfen und Revolution. Von daher sehen wir die Aufgabe der revolutionären Organisation darin, diese Verbindung zu schaffen, indem sie aktiv an den Klassenkämpfen teilnimmt. Das sieht die IKS nicht so und dies war letztendlich der Grund, warum die Internationalen Konferenzen der Kommunistischen Linken scheiterten.

#### .... Chaos und Zerfall

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR erklärte die IKS dann auf einmal, der Zusammenbruch der UdSSR habe eine neue Situation hervorgebracht, in der der Kapitalismus eine neue Stufe, die sie „Zerfall“ nennt, erreicht hat. In ihrem Unverständnis für die Funktionsweise des Kapitalismus ist für die IKS so ziemlich jedes Ungemach - vom religiösen Fundamentalismus bis hin zu den zahlreichen Kriegen, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ausgebrochen sind, lediglich Ausdruck von Chaos und Zerfall. Wir denken, dies liegt nahe dran, vollständig den Boden des Marxismus zu verlassen, da diese Kriege ebenso wie die früheren Kriege der dekadenten Phase des Kapitalismus Resultat eben dieser imperialistischen Ordnung sind. Ein Großteil dieser Sichtweisen

rührt aus der Auffassung der IKS-Mehrheit her, dass das Ende der Existenz nichtkapitalistischer Märkte im Jahre 1914 die Dekadenz des Kapitalismus hervorgerufen habe. Diese Analyse kann jedoch nicht erklären, warum es im dekadenten Kapitalismus Zyklen von Boom und Krise gegeben hat. Wir hingegen vertreten den Standpunkt, dass diese Kriege alle das Ergebnis der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion sind. Eine Überproduktion von Kapital und Waren, die zyklisch durch den tendenziellen Fall der Profitrate hervorgerufen wird, führt zur Wirtschaftskrise und zu Widersprüchen, die wiederum den imperialistischen Krieg erzeugen. Sobald dann (durch den Krieg) ausreichend Kapital abgewertet und genügend Produktionsmittel zerstört wurden, kann ein neuer Produktionszyklus beginnen. Wir befinden uns in der Endphase einer solchen Krise seit 1973 und ein neuer Akkumulationszyklus hat noch nicht begonnen. So nimmt das Kapital Zuflucht zu Staatsverschuldung und Spekulation und greift auf diese zurück um die Produktion zu stützen. Dies kann jedoch die Akkumulationskrise nicht beenden.

#### Die Krise

Ende der 60er- Anfang der 70er-Jahre kam der Nachkriegsboom an sein Ende. Damit begann eine Periode der sich schrittweise verschärfender (Wirtschafts)Krise, doch das kapitalistische System brach nicht zusammen. Die IKS kann nicht verstehen, warum sich die strukturelle Krise des Kapitalismus verschärft, da sie nicht anerkennt, dass auch der dekadente Kapitalismus Akkumulationszyklen durchläuft. Die IKS lehnt die marxsche Erkenntnis ab, dass die Funktionsweise des Wertgesetzes die zentrale Erklärung für die kapitalistische Krise darstellt. Stattdessen nimmt die IKS in dieser Frage eine luxemburgistische Position ein. Rosa Luxemburgs Theorie verkennt, wie das Wertgesetz funktioniert. Während Marx argumentierte, dass die periodischen Krisen des Kapitalismus durch das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate (für Marx das wichtigste Gesetz aus wirtschaftlicher Sicht) hervorgerufen werden; lehnte Rosa Luxemburg Marxens Erklärung ab. Luxemburg behauptete, dass Kapitalakkumulation in einem geschlossenen System nicht stattfinden könne. Sie bestand darauf, dass die wirkliche Ursache der kapitalistischen Krise außerhalb des Systems liege. Sie meinte, dass der Kapitalismus den Akkumulationsprozess nicht mehr fortsetzen kann wenn es keine nichtkapitalistischen Märkte mehr gibt. Das ist

in mehrfacher Hinsicht unsinnig. Nach Rosa Luxemburg hat der Kapitalismus im Jahr 1914 alle nichtkapitalistischen Märkte verdrängt gehabt. Und trotzdem wächst der Kapitalismus heute noch immer weiter (wenn auch mit enormen Kosten für die Menschheit). Doch wie kann dann die Luxemburgsche Analyse die Akkumulationszyklen, die seit 1914 stattgefunden haben, z.B. die Phase des Wirtschaftsbooms nach dem Zweiten Weltkrieg, erklären? Die IKS ignoriert dieses Problem ganz einfach und sagt, dass im 20sten Jahrhundert der Kapitalismus keiner zyklischen Akkumulation unterliegt. In der Realität ist die kapitalistische Produktion aber deutlich gewachsen, was nach Luxemburg ja nicht möglich sein könnte. Marx sah die Krise als ein Ergebnis der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, die an einen bestimmten Punkt so groß wird, dass sich daraus ungenügend Profit zur Wiederinvestition in den Produktionsprozess ergibt, an. An diesem Punkt tritt dann die Krise ein. Diese Krise stellt sich als eine Überproduktionskrise dar, doch ihre grundlegenden Ursachen liegen im tendenziellen Fall der Profitrate.

### **Idealismus und Verschwörungstheorien**

In der Vorstellungswelt der IKS ist die ArbeiterInnenklasse tendenziell revolutionär und nur durch bürgerliche Ideologie in die Irre geleitet. Die IKS führt das gegenwärtige Fehlen von Klassenkämpfen auf von der Bourgeoisie durchgeführte Verwirrungs- und Täuschungsmanöver zurück, statt auf die schwierigen materiellen Bedingungen, denen die ArbeiterInnenklasse angesichts der Krise ausgesetzt ist. Die Schwäche dieser Analyse ist mit der Sichtweise verbunden, dass wir nur die bürgerlichen Täuschungen entlarven müssen und schon wird die ArbeiterInnenklasse Kurs auf die Revolution nehmen. In den Augen der IKS ist es die Aufgabe der RevolutionärInnen, durch Propaganda die Klasse aus diesen Fängen der bürgerlichen Ideologie zu befreien und dadurch den Weg Richtung Revolution zu öffnen. Diese Sichtweise der IKS stellt puren Idealismus dar. Wir akzeptieren diese Sichtweise nicht und denken nicht, dass wir uns von den praktischen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse lossagen und isolieren dürfen. Die zentrale Aufgabe der RevolutionärInnen ist es, an allen Klassenkämpfen aktiv teilzunehmen sofern unsere organisatorische Stärke dies zulässt. Die IKS lehnt hingegen diese aktive Intervention ab und sieht ihre Aufgabe in der reinen Propaganda. Aufgrund ihres Unvermögens die Dynamik von

Kämpfen und die Entwicklung von Klassenbewusstsein zu verstehen, agiert die IKS stets als analytischer Wechselbalg. Entweder werden Kämpfe glorifiziert oder verschwörungstheoretisch verdammt. So kam bspw. die IKS zu der Schlussfolgerung, dass die Streikwelle 1995 in Frankreich lediglich ein groß angelegtes Manöver der Bourgeoisie war, um die ArbeiterInnenklasse dahin zu bringen wieder Illusionen in die Gewerkschaften zu haben. Diese Verteufelung der konkreten Klassenkämpfe durch die IKS setzt sich auch bei ihrer Position zu Argentinien fort. Hier sprach die IKS von einer zukunftslosen, interklassizistischen Revolte, in welcher es dem Kleinbürgertum gelungen sei, die ArbeiterInnenklasse dazu zu bringen, sich für das Kleinbürgertum zu opfern und die ArbeiterInnenklasse für die Interessen des Kleinbürgertums einzuspannen. Ebenso jenseitig ist die Sichtweise der IKS zu den Banlieukrawallen in Frankreich, welche von der IKS als sinnlose Revolte verwehrloser und krimineller Jugendlicher angesehen wurden, die nichts mit dem Proletariat zu tun habe. Die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Für uns hingegen stellt die Tatsache, dass die Kapitalisten mittels der Gewerkschaften manövrieren um Streiks unter Kontrolle zu bekommen nicht etwa eine neuartige Besonderheit dar, wie dies die IKS behauptet. Niemals dürfen uns die Manöver der Bourgeoisie und der Gewerkschaften (für die Beendigung der Streiks etc.) dazu führen, dass wir soziale Kämpfe ablehnen und verurteilen. Wir müssen diese Kämpfe für ihre Schwäche und ihre Verhaftung in der kapitalistischen Ideologie kritisieren und versuchen sie über den Rahmen, den der Staat akzeptiert, hinauszubringen. Die IKS hingegen ist nicht im Stande, sich auf die reale Bewegung des Klassenkampfes, wie schwach er auch immer sein mag, zu beziehen.

### **Klassenbewusstsein und Rolle der Partei**

Marx erkannte, dass in jeder Epoche die Gedanken der herrschenden Klasse die herrschenden Gedanken darstellen. Aber wie können dann die ArbeiterInnen sich jemals aus der Fessel der kapitalistischen Ideologie befreien? Zuerst einmal wird es unter den Bedingungen der bürgerlichen Herrschaft eine Minderheit der ArbeiterInnenklasse sein, die das kommunistische Programm entwickelt und verteidigt. Die ArbeiterInnenklasse ist eine eigentumslose Klasse kollektiver ProduzentInnen. Der ökonomische Kampf der ArbeiterInnenklasse wirft zwar das Problem der Ausbeutung auf, eröffnet

aber aus sich selbst heraus nicht die Antwort auf die Frage, wie die Ausbeutung überwunden werden kann. Nur durch die politische Organisation derjenigen ArbeiterInnen, die den Charakter des Kapitalismus als vergängliche und zu überwindende Ausbeutergesellschaft erkannt haben, können die herrschenden Gedanken, die immer auch die Gedanken der herrschenden Klasse sind, aufgebrochen und bekämpft werden. Die revolutionäre Partei bildet sich aus den bewusstesten Teilen der Klasse heraus. Das bedeutet aber nicht, dass die revolutionäre Partei von der ArbeiterInnenklasse getrennt ist, wie es die RätekommunistInnen behaupten oder dass die Partei die ArbeiterInnenklasse ist (wie es die BordigistInnen behaupten). Sie ist der organisatorische Ausdruck der bewussten marxistischen Minderheit der Klasse, deren Aufgabe es ist, aktiv an den Kämpfen der Klasse teilzunehmen. Indem sie die Elemente von Bewusstsein, die in den täglichen Kämpfen gegen die Ausbeutung entstehen, politisch verallgemeinert, kann eine solche Organisation dazu beitragen, dass die kommunistische Theorie zur „materiellen Gewalt“ wird und dem kapitalistischen Staat und der Ausbeutung ein Ende setzt. Zur Vorbereitung hierfür müssen wir jetzt mit dem Aufbau einer revolutionären Organisation innerhalb der ArbeiterInnenklasse beginnen. Diese Organisation muss an den Kämpfen der Klasse aktiv teilnehmen, d.h. Teil der Klasse sein und nicht nur eine intellektuelle Avantgarde darstellen. In der Sichtweise der IKS kommt der Partei jedoch keine praktische und organisatorische Bedeutung zu. Ihre Aufgaben sieht sie vorrangig in der Propaganda. Revolutionäres Bewusstsein entwickelt sich jedoch nicht einfach durch kommunistische Propaganda; sondern nur durch die praktische revolutionäre Bewegung selbst. So hob Marx in seiner Schrift „Die deutsche Ideologie“ hervor, „... dass sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewusstseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen notwendig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution selbst dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“ Kommunistisches Bewusstsein kann nicht - wie sich die IKS das vorstellt - von vornherein in den Kämpfen „unterirdisch“ vorhanden sein, sondern sich

erst in diesen Klassenkämpfen entwickeln. Zu Beginn aller bedeutenden Klassenkämpfe und Revolutionen (Pariser Commune, Februarrevolution etc.) standen immer äußerst beschränkte Forderungen. Der Klassenkampf ist immer Teil und Ausgangspunkt der Bewegung für den Kommunismus. Von daher ist es von zentraler Wichtigkeit, dass RevolutionärInnen aktiv an den Klassenkämpfen teilnehmen, um in diesen für die Durchsetzung des kommunistischen Programms und der revolutionären Perspektive zu kämpfen.

### **Übergangsgesellschaft**

Die kommunistische Produktionsweise kann sich nicht innerhalb des kapitalistischen Systems entwickeln. Sie setzt den politischen Sturz der Bourgeoisie durch den bewussten und aktiven Kampf der Klasse voraus. Da der Kommunismus nicht per Dekret eingeführt werden kann, erfordert er die Selbstaktivität der Arbeiterklasse. Die zentrale Lehre, die die kommunistische Linke aus der Oktoberrevolution und dem Prozess der Konterrevolution gezogen hat, ist, dass das Proletariat sich dieser Rolle nicht entziehen, und seine Macht und die Aufgabe der Verwirklichung des Kommunismus nicht an andere, nicht einmal an seine eigene Klassenpartei delegieren darf. Ebenso wie wir hat die IKS aus den Erfahrungen der Russischen Revolution die Schlussfolgerung gezogen, dass die revolutionäre Partei niemals mit dem Staatsapparat verschmelzen darf. Soweit so gut. Gleichzeitig hat sich die IKS jedoch ein geradezu groteskes Bild der Übergangsgesellschaft zurechtgezimmert. In der Sichtweise der IKS soll der Staat in der Übergangsperiode nicht auf den Räten und ihren Organen (Delegierte etc.) basieren, sondern neben und unabhängig von ihnen. Konkret stellt sich die IKS das so vor, dass es in der Übergangsperiode eine Dreiteilung in Staat - Räte (als Organe der ArbeiterInnenklasse) - und Partei (Verkörperung des Bewusstseins) gibt. Diese 3 Teile bestehen in den Augen der IKS unabhängig voneinander. Nach Ansicht der IKS kann sich der Staat der Übergangsperiode „mit keiner ökonomisch herrschenden Klasse identifizieren, da es in der Gesellschaft der Übergangsperiode keine Klassen dieser Art gibt.“<sup>8</sup>

Diese Sichtweise der IKS läuft auf folgende Konsequenzen hinaus:

- 1.) Der Staat in der Übergangsperiode ist nicht die Diktatur des Proletariats.
- 2.) Der Übergangsstaat soll dank der magischen Kraft des heiligen Geistes, verkörpert

durch das Bündnis aller nichtausbeutenden Klassen, die allesamt gleichberechtigt auf der selben Stufe wie die Überbleibsel der Bourgeoisie stehen, in den Sozialismus übergehen. 3.) Die Diktatur des Proletariats ist demnach keine, da sie keine spezifische Klassengewalt ausübt.

Was die IKS hier abliefern, ist nichts weiter als eine besonders groteske Neuerfindung des Leviathans. Für uns stellt sie sich damit außerhalb der Tradition der Kommunistischen Linken. Schließlich liegt auf der Hand, dass der von der IKS konzipierte, jenseits aller Klassen stehende Übergangsstaat geradezu zwangsläufig eine konterrevolutionäre Entwicklung implizieren würde. Eine von der ArbeiterInnenklasse und ihren Räte-Organen abgehobene und losgelöste Staatsstruktur würde sich jeder Kontrolle von unten entziehen, sich sofort verselbständigen und sich im Nu einen Dreck um die Beschlüsse der Räte scheren. Wenn wir sagen, dass das Proletariat in der Übergangsperiode seine Macht an niemanden übertragen und delegieren darf, gilt dies selbstverständlich auch in besonderem Maße für den von der IKS ersponnenen Übergangsstaat.

Besonders in der Frage der Übergangsgesellschaft stellt sich das noch einmal das idealistische Organisationsverständnis der IKS in voller Schärfe. Die revolutionäre Organisation ist keine Konservendose, die jenseits der Klassenorgane (Räte etc.) die revolutionäre Theorie konserviert und propagandistisch verbreitet. Im Gegensatz zur IKS betonen wir daher die aktive Rolle, die RevolutionärInnen während der Übergangsperiode in den Klassenorganen des Proletariats zu spielen haben, um für die Durchsetzung des kommunistischen Programms zu kämpfen.

### **Organisatorisches Selbstverständnis**

Die IKS sieht sich samt ihrer Organisationsstruktur als Vorwegnahme einer künftigen Weltpartei an.<sup>9</sup> Im Gegensatz dazu gehen wir davon aus, dass die künftigen Kämpfe der ArbeiterInnenklasse neue Lehren und Kräfte hervorbringen werden, die ihre eigenen positiven Beiträge zum Prozess der Schaffung einer Weltpartei des Proletariats einbringen werden. Wir hoffen die richtigen Mittel und Wege zu finden, um mit diesen Elementen in Diskussion und Tuchfühlung zu gehen, und so substantielle Schritte nach vorne zu machen. Natürlich wollen wir in diesem Prozess eine große Rolle spielen und andere KommunistInnen für unsere Positionen gewinnen. Gleichzeitig betonen wir

immer wieder: Wir sind „für die Partei“, aber wir sind nicht die Partei, der Kern der Partei und schon gar nicht die Vorwegnahme der Partei. So etwas zu behaupten wäre nicht nur angesichts unserer gegenwärtigen Schwäche absurd, sondern würde auch die Annahme bedingen, dass eine Partei einfach durch den Willen einiger Weniger entstehen könnte. Wir verstehen uns als eine internationale Organisation, der jene angehören, die sich am Kampf für eine zentralisierte Partei beteiligen und gemeinsam für dieses Ziel kämpfen, diskutieren und arbeiten wollen. Einer der beliebtesten Einwände der IKS gegen unsere Organisation besteht in der (falschen) Behauptung, dass wir föderalistisch organisiert seien. Auch diese Unterstellung entbehrt jeder Grundlage. Richtig ist, dass wir den von der IKS propagierten Zentralismus im gegenwärtigen Stadium für verfrüht und im ganz speziellen Fall der IKS für ein künstliches Franchise-Konzept halten. Die Gruppen der IKT arbeiten auf der Basis einer hohen politischen Homogenität und den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Wir sind uns bewusst, dass die Herausforderungen des Klassenkampfes uns vor neue Probleme stellen werden, auf die wir angemessen reagieren müssen. Um unserer eigenen Existenz willen war es (im Gegensatz zur IKS) nie unser Ziel Briefkastenfirmen oder bloße Vertriebsstellen zuschaffen, die lediglich die Orthodoxien der dominantesten und erfahrensten Organisationen nachplappern würden. Wir gehen davon aus, dass sich unsere organisatorischen Kerne in den jeweiligen Ländern nur zu wirklichen kommunistischen Organisationen entwickeln können, wenn sie in der Lage sind, ihre eigenen Erfahrungen zu machen und dadurch die Praxis einer zukünftigen Partei zu bereichern. Wie bereits oben ausgeführt, rechnen wir damit, dass die Klassenkämpfe neue politische Elemente hervorbringen werden und wir hoffen uns in einem Prozess der Diskussion und Umgruppierung weiterentwickeln zu können. Was die Lage und die Perspektiven des sog. „proletarischen Milieus“, (d.h. jenes Spektrums von Gruppen, die sich auf linkskommunistische Positionen beziehen) betrifft, so ist unsere Einschätzung nach wie vor ernüchternd. Genau wie bei den Bordigisten führten die offenkundigen Konfusionen der IKS sowie ihr internes Regime zu einer Reihe von Spaltungen. Einige dieser abgespaltenen Gruppen beanspruchen für sich das „wahre Erbe der IKS“ zu vertreten, andere sind zu den rätekommunistischen Wurzeln der IKS zurückgekehrt und wiederum andere sonnen sich in ihrer sterilen akademischen Existenz. Vor diesem Hintergrund gleicht

das sog. proletarische Milieu einem absurden Theater, indem sich von der Klasse isolierte Kleinstgruppen mittels gegenseitiger Anfeindungen oder abstrakter Appelle in ihren jeweiligen Fantasien bestätigen. Die hysterischen und geradezu bizarren Reaktion der IKS auf ihre Abspaltungen haben nicht unwesentlich zu dieser Situation mit beigetragen.<sup>10</sup> Angesichts dieser Situation wäre das Ansinnen eines neuen Zyklus von Konferenzen der kommunistischen Linken ein Gipfeltreffen der Eitelkeiten mit äußerst begrenztem Unterhaltungswert. Auch wenn wir zuweilen Polemiken führten und führen, hatten wir nie eine Orientierung auf bestehende politische Gruppen so nahe sie uns auf dem Papier auch stehen mögen, sondern immer auf die ArbeiterInnenklasse als Ganzes. Den Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir daher nach wie vor in der aktiven Intervention in die Klassenkämpfe, um uns so politisch wie organisatorisch weiterzuentwickeln. Wir würden uns freuen in diesem Prozess die GenossInnen der IKS zu treffen. Allerdings sind wir diesbezüglich mehr als skeptisch. In ihrer gegenwärtigen Verfassung ist die IKS im Kopf noch schwächer, als sie ohnehin schon auf den Beinen ist. (GIS)

---

<sup>1</sup> So hält es die IKS für notwendig unsere Organisation „zu diskreditieren damit sie von der politischen Bildfläche verschwindet“. Ferner sieht es die IKS als ihre „wichtigste internationale Priorität“ an, „besonders in Deutschland“ unserem „negativen Einfluss auf das Milieu entgegenzutreten.“ (Resolution über die Aktivitäten des 16. Kongresses der IKS)

<sup>2</sup> Erwähnt sei an dieser Stelle nur die Manipulation unseres Wikipedia-Eintrags durch IKS-Mitglieder.

<sup>3</sup> Eine der beliebtesten Lügen der IKS ist die Behauptung, dass unsere italienische Schwesterorganisation, PCInt (Battaglia Comunista) „bordigistisch“ sei, und für sich beanspruche der alleinige Kern einer zukünftigen revolutionären Partei zu sein. Dabei heben unsere GenossInnen in jeder Ausgabe ihrer Zeitung immer wieder hervor: „Noi siamo per il partito, ma non siamo il partito, ne l'unico suo embrione“

<sup>4</sup> So behauptet die IKS bspw., dass der PCInt in der Partisanenbewegung gearbeitet habe, bzw. diese unterstützt habe. Dies ist eine widerliche Verleumdung. Richtig ist, dass GenossInnen der PCInt auf Anordnung des Stalinistenführers Togliatti ermordet wurden, als sie versuchten, den stalinistischen Einfluss auf die Arbeiterklasse zurückzudrängen und (teilweise mit Erfolg) ArbeiterInnen von den Partisanen weg für eine internationalistische Perspektive zu gewinnen.

<sup>5</sup> Zit. nach Prometeo vom 1.11.1943

<sup>6</sup> Wie immer ist das Argument der IKS denkbar einfach gestrickt: Da es nach dem zweiten Weltkrieg zu keiner Revolution kam, war die Gründung der PCInt falsch und die GCF lag richtig. Dies lässt außer Acht, dass die PCInt in einer bedeutenden Welle von Klassenkämpfen entstand. Zum Leidwesen der IKS existiert die PCInt noch

---

heute und hat sich politisch weiterentwickelt. Die GCF hingegen wurde Opfer ihres eignen Schematismus und verschwand von der Bildfläche. Der prognostizierte Krieg in Europa fand (bisher) nicht statt. Damit wäre wohl über den analytischen Gebrauchswert des „historischen Kurses“ genug gesagt.

<sup>7</sup> Oberflächlich betrachtet klingt das überzeugend. Es gab in einigen Teilen der Welt in der Tat eine Reihe von ArbeiterInnenkämpfen (Italien 1969, Polen, Spanien, Argentinien, Großbritannien 1972-74 usw.), die mitunter das Aufkommen neuer kommunistischer Gruppen begünstigten. Auch unsere italienische Schwesterorganisation, PCInt (Battaglia Comunista) wurde durch das Aufkommen dieser Kämpfe ermutigt auf internationaler Ebene neue Initiativen zu entwickeln. Gegenüber der IKS, die angesichts der „Welle von Kämpfen“ geradezu in Euphorie verfiel, betonte die PCInt jedoch, dass die ideologische Vorherrschaft des Kapitals über die ArbeiterInnenklasse noch lange nicht gebrochen war. Eine Ende der Konterrevolution und eine Entwicklung des Klassenbewusstseins müsse sich auch organisatorisch im Entstehen einer internationalen revolutionären Klassenpartei ausdrücken. Entgegen aller IKS-Mythen konnten sich die revolutionären Gruppen jedoch nur in sehr bescheidenem Maße entwickeln. Stattdessen erstarkten offen reformistische und sozialdemokratische Organisationen. Ebenso konnte die pseudo-revolutionäre trotzkistische Bewegung ein Wachstum verzeichnen, und mit und teilweise sogar in der Sozialdemokratie ihre Rolle als linker Verteidiger des kapitalistischen Systems weiterspielen. Gleichzeitig sind viele kommunistische Gruppen wieder zerfallen oder wurden geschwächt, was der IKS eigentlich zu Denken geben sollte.

<sup>8</sup> Resolution des 3. Kongresses der IKS zum Staat der Übergangsperiode.

<sup>9</sup> In ihrer eigenen Phantasiewelt befangen geht die IKS zuweilen weiter, und wiegt sich in der Gewissheit, „dass heute alleine die IKS die Grundlagen für die zukünftige Partei legt, die die Klasse hervorbringen muss.“(Resolution über die Aktivitäten des 16. Kongresses der IKS)

<sup>10</sup> So werden die abgespaltenen Gruppen und KritikerInnen der IKS mit dem sozialrassistischen Begriff des „Parasitismus“ belegt. Mittlerweile hat der Wahnsinn die IKS soweit erfasst, dass sie den Anspruch erhebt, die Definitionsmacht darüber zu haben, wer zum „proletarischen Milieu“ gehört und wer nicht. Da im verqueren Weltbild der IKS da letztendlich kaum jemand übrig bleibt, nimmt es auch kein Wunder, dass die IKS nun in letzter Zeit dazu übergeht, sich bei anarchistischen Gruppen einzuschleimen. Dies zeigt einmal mehr, wie weit bei der IKS Opportunismus und Sektierertum beieinander liegen.

## Politisches Selbstverständnis der Gruppe Internationaler SozialistInnen

*„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei! Wir stehen vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist das Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats.“*

Rosa Luxemburg 1915

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts haben diese Worte Rosa Luxemburgs nicht an Aktualität verloren. Nach wie vor ist der Kapitalismus unfähig der übergroßen Mehrheit der Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Während Banken und Konzerne Rekordgewinne einfahren, werden immer mehr Leute auf die Straße gesetzt und die Angriffe auf die Lohnabhängigen zum Wohle des nationalen Wirtschaftsstandortes forciert. Während Wissenschaft und Technik sich stetig entwickeln, sterben tagtäglich Tausende an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten, werden die ökologischen Ressourcen dieses Planeten immer weiter vernichtet, werden die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Gift des Nationalismus in immer wahnwitzigere Kriege gehetzt, in denen sie nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren haben. Während uns die Apologeten dieses Systems das hohe Lied der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorkrächzen, wird der Überwachungsstaat immer weiter perfektioniert, das rassistische Projekt der Festung Europa vorangetrieben. Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen werden abgeschoben, rassistische Ideen und faschistische Parteien gewinnen an Akzeptanz. Angesichts des alltäglichen Wahnsinns des Kapitalismus ist die Entwicklung von Widerstand und „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor den vorhandenen Mächten“ (Karl Marx) heute notwendiger denn je.

Zugegeben, die Bilanz des letzten Jahrhunderts ist für denjenigen Teil der Linken der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, nicht gerade positiv. Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes hat die revolutionäre Linke wenig Erfolge aber viele Niederlagen zu verzeichnen und ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. An der stalinistischen Degeneration der Oktoberrevolution, der Niederlage der revolutionären Bewegung der 20er Jahre und der fast vollständigen Vernichtung einer ganzen Generation revolutionärer KommunistInnen durch den Stalinismus krankt sie noch heute.

Gleichzeitig ist es dem Stalinismus und der Sozialdemokratie im letzten Jahrhundert vortrefflich gelungen die Idee des Sozialismus als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus westlicher wie östlicher Prägung grundlegend zu diskreditieren. Um diese Bilanz in der Zukunft umzudrehen gilt es, anknüpfend an den Erfahrungen und theoretischen Errungenschaften des Bundes der Kommunisten, der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und den antistalinistischen revolutionären Strömungen der 20er und 30er Jahre die Ideen des revolutionären Marxismus in den sozialen Bewegungen und Kämpfen wiederzubeleben. Die Gruppe Internationaler SozialistInnen will hierzu einen Beitrag leisten.

Programmatischer Ausgangspunkt unserer Aktivität ist die Feststellung dass,

- **„auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen ist“** (Rosa Luxemburg), der Kapitalismus folglich weder abgewählt noch menschenwürdig verwaltet werden kann;
- der Kapitalismus als weltumfassendes System nur international bekämpft und überwunden werden kann;
- es im Zeitalter des imperialistischen Krieges keine richtige Seite geben kann und es weder Vaterländer noch Staaten sondern einzig die Klasseninteressen des internationalen Proletariats zu verteidigen gilt;
- jedes Zugeständnis an den Nationalismus zum Schluß mit der eigenen Herrschenden Klasse führt und konsequenter Internationalismus kein moralisches Gebot sondern eine grundlegende Ausgangsbedingung emanzipatorischer Politik ist;
- Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie der Spaltung der Lohnabhängigen dienen und von revolutionären MarxistInnen entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden müssen;
- der Aufbau einer integrierten revolutionären Bewegung eine bewusste Minderheitenpolitik mit den unterdrücktesten Sektoren der Klasse voraussetzt;
- die sog. „realsozialistischen Länder in keinster Weise „antikapitalistisch“, „progressiv“ oder „fortschrittlich“ waren, sondern besonders brutale Formen des Staatskapitalismus darstellten;
- der Sozialismus in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit ist und von daher die bewusste Überwindung aller Fetische der bürgerlichen Gesellschaft namentlich des Staates, der Familie, der Ware, des Geldes, des Marktes, des Tausches und der Lohnarbeit im Weltmaßstab voraussetzt;
- die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückte niemals durch auch noch so wohlmeinende Minoritäten und Eliten, sondern nur durch die Selbstorganisation und Selbstemanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht werden kann.
- sich revolutionäre Politik daran messen lassen muss, jeden noch so kleinen Schritt in diese Richtung zu unterstützen.

Gruppe Internationaler SozialistInnen

## Österreich: Kampf den kapitalistischen Angriffen!

Das nun vorgelegte Staatsbudget stellt ein einziges Sparpaket dar. Gespart und gekürzt wird wie immer am Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse. Die im Budget festgeschriebenen kapitalistischen Angriffe sind ein weiterer Ausdruck des seit Jahren erfolgenden Sozialkahl-schalgprogramms der Kapitalisten.

Das Sparprogramm ist keine österreichische Besonderheit. Diese kann es gar nicht sein, weil die kapitalistische Ausbeutungsordnung eine internationale Erscheinung und Herrschaftsform ist. Überall, auf der gesamten Welt ist die ArbeiterInnenklasse mit derselben Situation konfrontiert. Die ArbeiterInnenklasse ist international kapitalistischen Angriffen und Verarmung ausgesetzt, in allen Ländern sparen die Regierungen am Lebensstandard der ArbeiterInnen.

Die verbreitete Lüge, dass der Staat bei allen gleichermaßen spare und dies auch tun müsse weil kein Geld mehr vorhanden sei, soll den sozialen Frieden aufrechterhalten. Tatsächlich trifft die Kürzung bzw. Streichung der Familienbeihilfe nur die ArbeiterInnenklasse und Teile der Mittelschichten; nur diese werden dadurch eine Verschlechterung in ihrer Lebenssituation erfahren. (Und genauso tun 35 Cent mehr pro Tschickpackerl weder Faymann noch irgendwelchen Unternehmenschefs weh, wohl aber den ArbeiterInnen) Gleichzeitig hat der österreichische Staat letztes Jahr Milliarden für die Banken übrig gehabt und auch für sonstige Subvention der Kapitalisten ist genügend Geld vorhanden.

Das kapitalistische System befindet sich schon seit Jahrzehnten in einer Krise ohne Ausweg und steckt in dieser fest. Die geplatzten Immobilienblasen und Finanzspekulation sind nicht Ursache, sondern Ausdruck dieser Wirtschaftskrise. Das Kapital hat sich in die Bereiche von Finanzspekulation etc geflüchtet, weil es in anderen Bereichen nicht mehr ausreichend Profit erzielt hat. Dass die Anhäufung und Schaffung von fiktiven Kapital (z.B der geplatzten Immobilienblasen) langfristig keine Lösung für die Krise des Kapitalismus bietet, sondern diese nur verschlimmert, hat sich bereits deutlich gezeigt.

Egal welche Regierungen und welche Parteien gerade im Amt sind, diese werden alle ebenso den eingeschlagenen Kurs von Angriffen auf unsere Lebenssituation fortsetzen; und dies in verschärfter Weise. Weitere Kürzungen und Abbau von Sozialleistungen, sinkende Löhne,

wachsende Arbeitslosigkeit, Verarmung und entfesselte Konkurrenz um die verbleibenden mies bezahlten Arbeitsplätze ist das was auf uns zukommen wird und alles, was uns der Kapitalismus an Zukunftsaussichten zu bieten hat. Kapitalismus bedeutet zwangsläufig eine Verschlechterung unserer Lebenssituation; nur durch die Angriffe auf unsere Lebenssituation hält sich das kapitalistische System am Leben. Die herrschenden Kapitalisten und ihre verlängerten Arme (Regierungen, Staat..) bzw. HandlangerInnen (Gewerkschaften...) versuchen alles um uns ArbeiterInnen zu spalten, damit wir nicht gegen unseren wirklichen Gegner, den Kapitalismus, zu kämpfen beginnen. Die Kapitalisten spalten uns in MigrantInnen und InländerInnen und in Arbeitslose und Nicht-Arbeitslose; mit nationalistischer Rhetorik und mit dem Gefasel über den Wirtschaftsstandort Österreich, den es zu sichern gelte, versuchen sie uns österreichische ArbeiterInnen gegen die ArbeiterInnen anderer Länder auszuspielen. Das alles tun sie um den gemeinsamen solidarischen Kampf aller ArbeiterInnen gegen den Kapitalismus zu verhindern. (Und wenn das alles nichts hilft und wir uns trotzdem gegen die kapitalistischen Angriffe zur Wehr setzen kommen die Gewerkschaften, wiegeln unsere Kämpfe ab und verkaufen die schlechten Kompromisse mit den Kapitalisten als Erfolg) So können die Kapitalisten wenn wir ArbeiterInnen gegeneinander konkurrieren statt miteinander zu kämpfen getrost ungehindert und ohne auf Widerstand zu stoßen unsere Löhne senken, uns verschärft ausbeuten und somit ungestört immens hohe Profit erzielen.

Wir ArbeiterInnen sind überall auf der Welt durch unsere gemeinsamen Klasseninteressen vereint. Unsere Interessen als ArbeiterInnen sind jenen der Kapitalisten entgegengesetzt. Der Kapitalismus basiert auf dem Reichtum der kleinen Minderheit der Kapitalisten auf Kosten des Elends und der Armut der großen Mehrheit, der ArbeiterInnenklasse.

Der einzige Weg hin zu einer lebenswerten Zukunft für uns besteht darin, als ArbeiterInnenklasse den Kampf gegen das gesamte kapitalistische System aufzunehmen und für eine Welt zu kämpfen, in der die Wirtschaft nicht mehr länger wie bisher im Kapitalismus auf der Erzeugung von Profit für eine kleine Minderheit basiert, sondern der Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse dient – dem Kommunismus. (GIS)